

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Runit Dome undicht?

Bei einem Besuch auf Fidschi Ende Mai hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, vor dem maroden Betonverschluss des „Runit Domes“ auf dem Atoll Eniwetok (Marshall-Inseln) gewarnt.

Runit liegt etwa mittig am nordöstlichen Riffkranz des Eniwetok-Atolls. Die Insel ist drei Kilometer lang und bis zu 263 Meter breit. Die Flächenausdehnung beträgt rund 46,3 Hektar. 530 Meter von der Nordwestspitze der Insel entfernt befindet sich in einem ehemaligen, 107 Meter tiefen, Krater eines amerikanischen Kernwaffentests aus dem Jahre 1958 ein Atommülllager, der „Runit Dome“ mit einem Durchmesser von 120 Metern.

Unter dem behelfsmäßig errichteten Betonverschluss, der dem Aussehen nach einer Domkuppel gleicht, lagern 101.498 Kubikmeter Schutt, die mit radioaktivem Plutonium verstrahlt sind. Plutonium ist einer der giftigsten radioaktiven Stoffe mit einer Halbwertszeit von bis zu 24.000 Jahren. Häufig gelangt Plutonium durch das Einatmen von verstrahltem Staub in den Körper.

Die Amerikaner hatten den Runit Dom 1979 gebaut, um darin die Überreste ihrer zwölfjährigen Atombombentestserie (1946 bis 1958) auf Bikini und Eniwetok (43 Tests) zu versenken. Damals war der Untergrund des Depots nicht versiegelt worden, so dass schon immer die Gefahr bestand, der Müll könne nach unten abstrahlen oder gar in das Atollfundament einsacken. Der Schutt innerhalb des Kraters wurde mit knapp einem halben Meter Beton versiegelt.

Nun berichtete die Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, auch von Rissen im Betondeckel des Atommülllagers. Man fürchte sich vor radioaktiven Leckagen, so die Präsidentin. Guterres präsen-

tierte keine Lösung des Problems, sondern sagte nur, es bliebe „Vielles zu tun“. (*Spiegel Online* 22.05.19, <http://www.underwaterkwaj.com/enew/runit.htm>, Wikipedia)

### Nachhaltiges Müll-Management

Vertreter von 15 pazifischen Inselstaaten haben sich Ende Mai beim dreitägigen „PacWaste Plus Inception Meeting“ getroffen, um zu beraten, wie kleine Inselstaaten ihren Müll nachhaltiger und umweltbewusster entsorgen können.

Das Treffen war gemeinsam von der *Europäischen Union*, dem *Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme* (SPREP) und dem Programm *PacWaste Plus* initiiert worden. Die drei Partner hatten sich Anfang des Jahres in Apia (Samoa) zusammengetan, um Pazifikstaaten bei der Beseitigung von Gefahrgut, Müll und kontaminiertem Wasser zu unterstützen. Außerdem sollen die pazifischen Staaten beraten werden, wie sie (Trink-)Wasser einsparen können und in Trockenzeiten aus Meerwasser Trinkwasser gewinnen können.

Der Beratungsprozess gehört zur pazifikweiten Strategie *Cleaner Pacific 2025*. Das Programm *PacWaste Plus* setzt das bereits im Jahr 2017 beendete Programm *PacWaste* fort. Aus den Erfahrungen des vergangenen Projektes ist man jetzt dazu übergegangen, Daten über das Müll-Management in allen beteiligten Staaten zu sammeln, sich gegenseitig auszutauschen und Synergieeffekte bei der Müllvermeidung, der Mülltrennung und der Beseitigung zu nutzen. Schwerpunkt ist die umweltverträgliche Beseitigung von Asbest, Elektroschrott, Brauchwasser und von Krankenhausabfällen.

Die unsachgerechte Beseitigung von Müll stellt eine Gefahr für die Umwelt und die Gesundheit der Inselbewohner dar. Außerdem schreckt ein schlechtes Müll-Management die Touristen ab, die Wert auf eine saubere Umwelt setzen. Plastikmüll im Meer und

an den Stränden ist auch eine Gefahr für Küstenfischer, wie Dr. Vicki Hall, Direktorin der Abteilung für Müll-Management bei SPREP, erklärte.

*Info:* Das *PacWaste Plus Programme* läuft von 2016 bis 2025 und weist ein Finanzvolumen in Höhe von 16,5 Millionen Euro auf. (*Pressemitteilung von SPREP* 27.05.19, *Cleaner Pacific 2015 Implementation Plan*, [www.sprep.org/pacwaste-plus](http://www.sprep.org/pacwaste-plus))

### Gesundheitsfürsorge im Pazifik

Anfang April fand in Nadi (Fidschi) ein dreitägiges Treffen der ministeriellen Beauftragten für Gesundheit statt. Bei diesem siebten *Pacific Heads of Health* (PHoH)-Treffen einigten sich die Teilnehmenden auf die Prioritäten in der Gesundheitsfürsorge für die kommenden Jahre. Es wurden drei Ziele festgelegt: Die Basis-Gesundheitsversorgung für Pazifik-Insulaner müsse 1) nachhaltig, 2) zugänglich und 3) erschwinglich sein.

Allgemein gehe es darum, die Gesundheitssituation im Pazifik weiter zu verbessern, hieß es in einer Erklärung der Teilnehmenden. Die aktuelle Impfsituation müsse beobachtet werden. Desgleichen gehe es um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit. Auch das Trinkwasser- und Abwassersystem müsse in vielen Staaten überprüft und auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden. Im Fokus der nächsten Jahre soll auch der Umgang mit nicht-übertragbaren Krankheiten (*non-communicable diseases*) stehen.

*Info:* Bei den PHoH-Treffen legen Experten aus dem Bereich der Gesundheit und Hygiene Rahmenbedingungen fest, nach denen die Gesundheitsminister der einzelnen Inselstaaten ihre Politik planen und das jährliche Gesundheits-Budget verwalten können. Das *13. Pacific Health Ministers Meeting* findet vom 5. bis 8. August 2019 in Papeete (Franz.-Polynesien) statt. (*Pacific Community* 08.04.19)

## Wake up! - Projekt gestartet

Jedes Jahr ruft die Pazifische Gemeinschaft (*Pacific Community*) Jugendliche unter 30 Jahren zu einem Wettbewerb mit dem Titel „Wake up!“ auf. Die Wettbewerbsteilnehmer sollen mit verschiedenen Methoden auf die Gefahren durch nicht-übertragbare Krankheiten (*non-communicable diseases, NCD*) aufmerksam machen. Dazu zählen Diabetes, Herz- und Kreislauferkrankungen, Atemwegsinfekte durch Kettenrauchen und Übergewicht mangels sportlicher Betätigung und fett- und kalorienhaltigem Fastfood.

In diesem Jahr sind die Jugendlichen aufgerufen, farbige Comics zum Thema NCD zu schreiben und zu zeichnen. Diese werden prämiert. Im vergangenen Jahr waren die Jugendlichen gebeten worden, bunte Graffiti an Wände (sogenannte *Murals*) zu sprayen, u.a. auch an die Fassade des Bürogebäudes der SPC in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa. 2017 gab es einen Videofilm-Wettbewerb zu „Wake up!“ (<https://www.spc.int/updates/blog/2019/04/wake-up-a-project-for-and-with-young-pacific-people>)

## Neuer ADB-Fonds

Im Rahmen des 52. Jahrestreffens des Aufsichtsrates der *Asian Development Bank* (ADB) Anfang Mai in Nadi (Fidschi) haben die ADB und die Regierung von Irland ein Abkommen über die Einrichtung eines Fonds zur Bewältigung der Klimawandelfolgen und der Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen (*disaster relief*) geschlossen. Stellvertretend für die ADB unterzeichnete Ahmed Saeed, Vizepräsident der ADB, das Abkommen. Für Irland unterschrieb Ciarán Cannon, der irische Entwicklungshilfe-Minister.

Der Fonds hat eine Laufzeit von sechs Jahren von 2019 bis 2024 und ein Einlagevermögen in Höhe von 12 Millionen Euro. Das Vermögen soll nach dem Willen der Unterzeichner überwiegend für technische Assistenz und die Leis-

tungsfähigkeit der Regierungen im Umgang mit Naturkatastrophen (*capacity building*) ausgegeben werden. Dabei bleibt das Fondsvermögen auch beschränkt auf die Mitgliedsländer der *Small Islands Development States* (SIDS). (*Pressemitteilung ADB 10.05.19*)

## Neuer SPC-Generaldirektor

Ende dieses Jahres löst der Australier Dr. Stuart Minchin den von der Insel Niue stammenden Dr. Colin Tukuitonga als Generaldirektor der *Pacific Community* (SPC) ab. Minchin wurde am Rande der elften Jahresversammlung der SPC in Nouméa (Neukaledonien) am 21. Juni als Nachfolger von Tukuitonga gewählt. Dieser war seit 2013 im Amt.

Dr. Minchin war bis dato Chef der *Environmental Geoscience Division of Geoscience Australia*. Diese staatliche Einrichtung unter dem Dach der australischen Regierung ist für die Sammlung, Verarbeitung, Speicherung und Auswertung von Geodaten zuständig. Der promovierte Meereswissenschaftler vertrat außerdem die Interessen Australiens in der Arbeitsgruppe „*Global Geospatial Information Management*“ bei den Vereinten Nationen“ und er war Mitglied der „*Intergovernmental Group on Earth Observations*“.

*Info:* Die 1947 gegründete Pazifische Gemeinschaft ist eine internationale Organisation mit dem Ziel der sozialen und ökonomischen Entwicklung ihrer Mitgliedsstaaten durch gutachterliche und beratende Aktivitäten. (*Pressemitteilung SPC 21.06.19*, <http://www.iafastro.org/biographie/stuart-minchin/>)

## Neue US-Botschafterin

Die Kalifornierin Erin Elizabeth McKee ist vom amerikanischen Präsidenten Donald Trump Ende Mai zur neuen Botschafterin für Papua-Neuguinea, Vanuatu und die Salomonen ernannt worden. Sie ist Nachfolgerin von Catherine Ebert-Gray, die das Amt in den

letzten drei Jahren innehatte.

Derzeit leitet McKee die indonesische Abteilung der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation USAID. Zuvor hatte sie USAID-Büros in Kasachstan, Irak, Peru, Bolivien, Israel und Russland geleitet. Sie spricht Russisch, Spanisch und Bahasa Indonesia und hat Studienabschlüsse zweier amerikanischer Universitäten. (*The National 21.05.19*, *Pressemitteilung* <https://www.whitehouse.gov/>)

## MELANESIEN

## PAPUA-NEUGUINEA

### Neuer Premier

Nach dem durch ein Misstrauensvotum erzwungenen Rücktritt von Peter O'Neill wurde James Marape am 30. Mai 2019 von den Abgeordneten zum neuen Premierminister von Papua-Neuguinea gewählt.

Marape wurde am 24. Juli 1971 in die Ethnie der Huli geboren. Er studierte an der *University of Papua New Guinea*, machte 1993 den Bachelor und schloss 2000 mit dem *Post Graduate Honours Degree* für Umweltwissenschaften ab.

James Marape zog erstmals 2007 als Kandidat der *National Alliance Party* in das Parlament ein, wo er den Distrikt Tari-Pori der Provinz Hela repräsentierte. Von Dezember 2008 bis Februar 2011 war er Bildungsminister. 2012 wechselte er zur Partei *People's National Congress (PNC)*, für die er bei der Parlamentswahl 2012 wiedergewählt wurde. Auch bei der Parlamentswahl 2017 wurde er als Abgeordneter der PNC wiedergewählt. In der Regierung unter Premierminister Peter O'Neill wurde er im August 2017 zum Finanzminister ernannt. Am 11. April 2019 trat er von diesem Amt zurück, als Grund führte er Meinungsverschiedenheiten mit Peter O'Neill bei wichtigen Themen an. Marape ist verheiratet und hat sechs Kinder. (*SBS.com.au 30.05.19*, [www.parliament.gov.pg/](http://www.parliament.gov.pg/))

## Auszeichnung für Führungskraft

Die Personalchefin der *Bank South Pacific*, Frau Hari Rabura, ist vom *PNG Human Resources Institute* mit dem Preis „2018 Best Human Resources Practitioner of the Year“ ausgezeichnet worden.

Rabura ist eine der wenigen weiblichen Führungskräfte bei der Bank. Sie begann ihre Banklehre im Jahr 2001 dort und arbeitete sich die Karriereleiter hoch. Seit 2016 arbeitet Rabura als Abteilungsleiterin der 40-köpfigen Personalabteilung. Sie und ihre KollegInnen sind für pazifikweit 4.000 Bankangestellte zuständig.

Anlässlich der Preisvergabe bedankte sich Rabura bei ihren Mitarbeitenden. Sie erklärte, die *Bank South Pacific* vertrete Werte wie Teamarbeit, Professionalität und Führungsqualitäten. Zentral sei dabei die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei der Besetzung freier Stellen in den Bankfilialen und in den Leistungsetagen.

*Info:* Die *Bank South Pacific* ist die größte Bank in Papua-Neuguinea mit 35 Filialen im ganzen Land und mit weiteren Filialen in sechs anderen asiatisch-pazifischen Ländern. BSP betreut derzeit über 650.000 Business Banking-Kunden in Ozeanien. (*Postcourier* 21.06.19, <http://www.bsp.com.pg/Media-Centre/News--Announcements/2019/Female-Executive-awarded,-2018-Best-HR-Practitioner.aspx>)

## Eintrag ins Zivilregister

Bis Ende Juni konnten bereits eine Million Bürger in das nationale Zivilregister (*National Civil Registry*) von Papua-Neuguinea eingetragen werden. Seit 2015 läuft das Projekt „National Identity“. Bis 2021 sollen darin alle BürgerInnen des Staates erfasst werden. Die Leiterin des Zivilregisters, Salome Bogosia, begrüßte den einmillionssten Eintrag in das Zählregister und erklärte, angesichts der schwierigen infrastrukturellen Situation des Staates sei dies ein beachtlicher Erfolg.

*Info:* Derzeit gibt es noch keine verlässliche Angabe über die Einwohnerzahl von Papua-Neuguinea. Der amerikanische Geheimdienst CIA schätzte im Juli vergangenen Jahres 7.027.332 Bewohner. Die Weltbank geht zurzeit von 8,25 Millionen Einwohnern aus. (*PNG Facts* 23.06.19)

## Neun Tote im Chimbu

Im Gumine Distrikt bei Gomgale (Provinz South-Chimbu) ist es zu einem ‚Stammeskrieg‘ zwischen benachbarten Gruppen gekommen. Grund für den Gewaltausbruch war der Tod des Sohnes eines der Klanchefs, der wegen einer missliebigen öffentlichen Stellungnahme zur Neuwahl des neuguineischen Premierministers mit einer Machete getötet worden war. In Folge kam es zu Kämpfen zwischen den ansässigen Gruppen im Distrikt. Da die verfeindeten Klane im Besitz von Handfeuerwaffen waren, traute sich die eilends herbeigerufene *PNG Defence Force* nicht in die Dörfer. Bis dato sind neun Opfer zu beklagen. Frauen und Kinder flohen vor den Kämpfen in den Busch, die Männer verschanzten sich in den Dörfern. Nach Angaben des örtlichen Pastors wurden alle öffentlichen Gebäude wie Schulen, der Aid Post und Versammlungsgebäude verbrannt. Auch etliche private Wohnhäuser gingen in Flammen auf, so dass hunderte Bewohner obdachlos wurden. Pastor Willie Kolua Kopi bat die Regierung von PNG um Unterstützung und forderte Polizeitruppen an. (*Postcourier* 14.06.19)

## Ramu-Mine muss Abtransport einstellen

Die Ramu-Nickel-Mine bei Kurumbukari (Madang) darf bis auf weiteres kein Chromeisenerz (kurz: Chromit) mehr über die Straße vom Minenstandort nach Lae transportieren. Das Verbot hat die Provinzregierung von Madang gegenüber der Betreiberfirma *Ramu NiCo* ausgesprochen. Grund für den derzeitigen Stillstand ist eine zerstörte Brücke über den Fluss

Yuriya zwischen der Mine und der Stadt Lae, von wo aus das Chromeisenerz normalerweise per Schiff exportiert wird.

Da das Chromit auf den Lastwagen bei Kontakt mit Wasser schädlich für Mensch und Umwelt ist, der Fluss aber derzeit nur in Furten und nicht über eine Brücke gequert werden kann, wurde der Abtransport des Gesteins aus der Mine bis auf weiteres verboten. Ein Sprecher von *Ramu NiCo* erklärte, er verstehe das Verbot zugunsten der Umweltverträglichkeit, man müsse jedoch auch das Management der Mine verstehen, die an einem schnellen und reibungslosen Abtransport des Gesteins zum Hafen nach Lae interessiert ist.

*Info:* Das aus dem Mineral gewonnene Chrom dient zur Herstellung von rostfreien Edelstählen und zur Veredelung von Oberflächen durch Verchromen. (*The National* 14.06.19)

## Chinesische Delegation besucht Porgera

Der chinesische Botschafter für Papua-Neuguinea, Xue Bing, und seine Frau sowie der Botschaftsattaché He Miao haben Ende Juni die Gold- und Silbermine Porgera (Provinz Enga) besichtigt. Die chinesische Bergbaufirma *Zijin* hält gemeinsam mit der Betreiberfirma *Barrick Gold* Anteile an dem *Porgera Joint Venture*.

Die Delegation informierte sich über die Umweltfolgen der Mine und sprach auch mit den Verantwortlichen über die sozialen Auswirkungen der Mine auf die traditionellen Landeigner. Botschafter Xue erklärte, angesichts des raschen Wachstums Chinas und dessen Expansionsbemühungen im Pazifikraum sei es wichtig, sich vor Ort zu informieren, welche Auswirkungen Minen auf die Gesellschaft und die Umwelt hätten.

*Info:* Porgera liegt etwa 130 Kilometer westlich der Stadt Mount Hagen und 600 Kilometer nordwestlich von Port Moresby. Die Produktion der Mine macht 12% des Exports von PNG aus. Etwa

2.600 Personen sind im Bergwerk beschäftigt.

Die Goldmine ist wegen Übergriffen auf die indigene Bevölkerung durch die 450 privaten Sicherheitskräfte der Bergwerksgesellschaft und wegen Umweltbelastungen in die öffentliche Diskussion geraten. (*The National* 24.06.19, *Wikipedia*, <https://www.barrick.com/English/operations/portgera/default.aspx>)

## Elitesoldat für West Point

Erstmals ist ein neuguineischer Soldat an der US-amerikanischen Militärakademie West Point bei New York aufgenommen worden. Der 22-jährige Gareitz Rapola bestand das Aufnahmeverfahren der amerikanischen Armee in den USA und wurde als einziger von 34 Bewerbern der *PNG Defence Force* für die vierjährige Ausbildung an der *West Point Academy* ausgewählt. Dort wird er im Jahr 2023 seinen Bachelor machen.

West Point stellt hohe Anforderungen an aufzunehmende Personen. Die größte Vorauswahl stellt die persönliche Empfehlung durch einen Abgeordneten des US-Kongresses bzw. den US-Präsidenten dar, die ein Bewerber vorweisen muss. Darüber hinaus ist ein guter Notendurchschnitt des Highschool-Abschlusses sowie ein lupenreines Führungszeugnis nötig. Der Bewerber darf nicht verheiratet sein und auch während der Ausbildung keine Ehe eingehen. Alle Studierenden müssen einem hohen Fitness-Standard entsprechen und in der Akademie Sport-Pflichtkurse besuchen. Die Fitness wird mit einem eigenen Test abgeprüft. Ohne den erfolgreich bestandenen Test ist der Bachelor-Grad nicht zu erwerben. Jährlich bewerben sich etwa 11.000 Personen, von denen knapp 1.300 zum neuen Jahrgang zugelassen werden. Die Ausbildung dauert vier Jahre.

Ein Vertreter der amerikanischen Botschaft in Port Moresby erklärte, Gareitz Rapola habe alle Tests mit Bestnoten bestanden und erfülle die Kriterien zur Aufnahme an der Akademie. Da erstmals ein neu-

guineischer Soldat dort aufgenommen wird, gab es im *National Museum* in Waigani eine offizielle Abschiedsfeier für Rapola. Die amerikanische Botschafterin Catherine Ebert-Gray überreichte Rapola die Anmeldeunterlagen für West Point und die Zusage für das Stipendium. Erstmals vergab die US-Regierung ein Ausbildungsstipendium für West Point an einen Soldaten der *PNG Defence Force*.

Gareitz Rapola brach nach seinem Schulabschluss sein Informatikstudium an der *Business School* in Port Moresby ab und ging als Kadett zu den *Defence Forces*. Sein Vater ist Colonel Nelson Rapola, Kommandant einer Polizeieinheit in Wewak.

*Info:* Die *United States Military Academy* ist eine der renommiertesten Hochschulen der Vereinigten Staaten. Absolventen der Akademie erhalten den akademischen Grad eines Bachelors und sind gleichzeitig Second Lieutenant des Heeres. Nach Abschluss haben sie eine Dienstpflicht von mindestens fünf Jahren, gefolgt von drei Jahren in der Reserve. Das Motto der Akademie ist „*Duty, Honor, Country*“. (*Postcourier* 25.06.19, *Wikipedia*, <https://westpoint.edu>)

## Nur 2 von 43 Luxusautos verkauft

Sieben Monate nach dem Ende des APEC-Gipfels sind nur zwei der 43 Luxusautos an Privatpersonen verkauft worden. Die Autos waren trotz erheblicher Proteste aus Gesellschaft und Politik für die Teilnehmenden am APEC-Gipfel im vergangenen November nach Port Moresby importiert worden. Zu den PKWs gehörten auch drei *Bentley Flying Spurs*. Allein eines dieser Luxusautos kostet um die 180.000 Euro.

Der damals für die Planung des APEC-Gipfels zuständige Minister Justin Tkatchenko hatte den Kauf der Luxuskarossen damit entschuldigt, dass sich die Autos nach Gipfelende „*wie heiße Brötchen*“ (Zitat) verkaufen würden. Wie jedoch der englischsprachige „*The Guardian*“ jetzt recherchierte,

sind tatsächlich nur zwei Autos an Geschäftsleute verkauft worden, ein dritter Wagen wurde dem britischen Generalgouverneur zum Geschenk gemacht. Laut Tkatchenko liegt die mangelnde Nachfrage an den teuren Autos an der Tatsache, dass die Regierung es versäumt habe, einen festen Verkaufspreis festzulegen. Nun machten potentielle Käufer dermaßen niedrige Kaufangebote, dass man darauf aus wirtschaftlichen Gründen nicht eingehen könne.

Die 40 verbliebenen Autos sind in einem Parkhaus in Port Moresby gelagert.

Es wurde auch bekannt, dass weitere 300 eigens für den APEC angekaufte oder von Firmen und Privatleuten entlehene Fahrzeuge nicht mehr auffindbar sind. (*The Guardian* 24.06.19)

## BOUGAINVILLE

### Referendum im Oktober

Am Samstag, den 12. Oktober 2019, sollen die Wahlberechtigten auf Bougainville mit einem Referendum über den künftigen politischen Status der autonomen Provinz abstimmen. Joseph Watawi, Parlamentarier im autonomen Provinzparlament, erklärte, die politischen Verhältnisse in Festland-PNG rund um den Rücktritt des Premierministers müssten unabhängig von der Wahl auf Bougainville sein. Seit Jahren bereite man das Referendum vor und dies dürfe jetzt nicht an politischen Querelen außerhalb der Provinz scheitern.

Derzeit sind Wahlhelfer in allen Landesteilen unterwegs, um Wählerlisten anzufertigen, die Menschen über die Wahl zu informieren und ihnen zu erklären, wie und wann gewählt werden kann.

Die Wahlkommission auf Bougainville beklagt die mangelnde finanzielle Unterstützung bei den Wahlvorbereitungen. Die Regierung von Papua-Neuguinea habe weit weniger an finanzieller Unterstützung gegeben, als ursprünglich zugesagt. (*Pressemitteilung Bougainville Freedom Movement* 28.05.19)

## Akuter Gefängnismangel

Ein hochrangiger Kommandant der Polizeibehörde der autonomen Provinzregierung hat den Mangel an Gefängnissen auf Bougainville beklagt. Es gäbe nur ein funktionierendes Gefängnis in Bekut für die maximale Anzahl von 50 Gefangenen. Dies sei derzeit hoffnungslos überbelegt.

Der stellvertretende Polizeipräsident von Bougainville, Francis Tokura, erklärte, man arbeite derzeit mit der finanziellen Unterstützung durch das staatliche australische Entwicklungshilfeprogramm AUS-Aid an der Renovierung einzelner Zellen in Buka, Arawa und Buin. Hier sei nur Platz für 12 Insassen und die Kapazitäten müssten dringend erhöht werden, so Tokura. Besser als einige wenige Zellen in den Städten sei jedoch eine zentrale Gefängnisanlage für alle auf Bougainville Einsitzenden, forderte der Polizeipräsident. (*Radio NZ Intern*. 14.05.19)

## Versöhnungszeremonie

Am 15. Juni findet in der aufgelassenen Panguna-Mine eine traditionelle Versöhnungszeremonie zwischen ehemaligen Mitgliedern der *Bougainville Revolutionary Army* (BRA) sowie Mitgliedern der *PNG Defence Force*, dem ehemaligen Minen-Sicherheitspersonal und der Polizei statt.

Der stellvertretende Minister für die Angelegenheiten Bougainvilles (Minister on Bougainville Affairs), William Samb, sagte, sein Büro bereite die Zeremonie vor. Es gehe darum, vor dem für Oktober geplanten Referendum alle an den Kämpfen um die Mine beteiligten Parteien miteinander zu versöhnen. Erst mit einem „bel isi“ werde es den Menschen möglich sein, ohne Groll an der Wahl teilzunehmen, betonte Samb. (*PNG Today* 07.04.19)

## SALOMONEN

### Premier unter Druck

Nach den Parlamentswahlen im April des Jahres wurde am 24. April Manasseh Sogavare erneut zum Premierminister der Salomonen gewählt. Der 1954 geborene Politiker ist nach Amtszeiten von 2000 bis 2001 und von 2006 bis 2007 zum dritten Mal im Amt.

Das 50-köpfige Parlament der Salomonen setzte den Premierminister nun unter Druck. Er soll die Anerkennung von Taiwan als souveränen Staat rückgängig machen und sich stattdessen der Volksrepublik China zuwenden, fordern die Parlamentarier. Die beiden Abgeordneten für die Provinzen Malaita und Guadalcanal drohten Sogavare gar mit einem Misstrauensvotum, sollte er nicht binnen sechs Monaten die politischen Allianzen gewechselt haben.

Sogavare sagte im Parlament, Taiwan sei ein jahrelanger stabiler und zuverlässiger Partner, durch dessen millionenschwere Investitionen es zu Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Infrastruktur gekommen sei. Auch wenn ihn das Parlament zu diesem Schritt zwingt, bleibe Taiwan ein wichtiger Partner, erklärte der Premier. (*The Diplomat* 05.04.19, *RNZ Pacific* 20.05.19)

### Impfung für Mädchen

Das Gesundheitsministerium hat offiziell die Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV) an Krankenhäusern, Gemeindezentren und in Schulen eingeführt. Die HPV-Viren können Gebärmutterhalskrebs auslösen. Das Erkrankungsrisiko lässt sich durch eine Impfung gegen die krebsauslösenden Viren verringern.

Die kostenlose Impfung soll an allen Mädchen zwischen zehn und 14 Jahren durchgeführt werden. Idealerweise muss die Impfung vor dem ersten Geschlechtsverkehr stattfinden. 200 Krankenschwestern wurden in der Verabreichung der Impfung

(Spritze in den Oberarmmuskel) geschult. Mit an Schulen verteilten Informationsbroschüren sollen Eltern auf die Bedeutung der Impfung für ihre Töchter hingewiesen werden. Eine Impfpflicht gegen HP-Viren besteht noch nicht. (*SIBC News* 15.05.19)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, stv. Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk, Berlin.]

### Opposition warnt vor wirtschaftlichem Kollaps

Die größte Oppositionspartei SODELPA hat vor einem wirtschaftlichen Kollaps in Fidschi gewarnt. Der Parteivorsitzende und frühere Regierungschef Sitiveni Rabuka sagte, Fidschi stehe eine Wirtschaftskrise bevor, die insbesondere durch den Handelsstreit zwischen den USA und China sowie steigende Spritpreise begünstigt werde. Diese Sorge teilt auch der fidschianische Ökonom Rohit Kishore, wie lokale Medien berichteten. Die Regierung unter Voreqe Bainimarama habe seit der Machtübernahme im Jahr 2006 eine expansionistische Wirtschaftspolitik mit fatalen Folgen betrieben, so Rabuka. Es sei an der Zeit, politische Unterschiede und Ideologien beiseite zu legen und zusammenzuarbeiten, um die Gefahr eines wirtschaftlichen Kollapses zu reduzieren.

Die Regierung wies die Kritik entschieden zurück und warf der Opposition vor, die Bevölkerung mit Panikmache zu verunsichern. Der Wirtschaftsminister und stellvertretende Regierungschef Aiyaz Sayed-Khayum sagte, die Opposition müsse damit aufhören, die Wirtschaft zu sabotieren, indem sie Fakten verdrehe, bewusst manipulierte und rassistische Tendenzen befördere. Auch Premierminister Bainimarama sagte, Gerüchte, wie die Opposition sie verbreite, könnten negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität des Landes haben.

Im Zentrum der Kritik von SODELPA steht, dass die derzei-

tige Wirtschaftspolitik aus ihrer Sicht zu sehr auf inländischen Konsum setze, während die wichtigen Tourismus-, Zucker-, Fischerei- und Holzindustrien seit Jahren schwach abschnitten. Sie kritisieren auch, dass der im Juni vorgestellte neue Budgetplan der Regierung zu wenig Anreize für inländische und ausländische Investoren biete. Auch die kleinere Oppositionspartei *National Federation Party* (NFP) bemängelt, dass die Regierung seit Jahren versage, die Zucker- und Tourismusindustrie zu stärken. Allerdings vermisst die Partei im Budgetplan vor allem Anreize, die Löhne im Land zu erhöhen. Aus Sicht der Regierung habe die Opposition bisher jedoch keine konstruktiven Vorschläge zur Verbesserung der eigenen Politik vorgelegt. Die Opposition scheiterte im Parlament auch mit einem Antrag, die Zulagen für Premierminister Bainimarama bei Auslandsreisen zu reduzieren, die sie als Verschwendung von Steuergeldern brandmarkte. (*Radio New Zealand International* 6.6.19, 20.6.19, 21.6.2019, *Fiji Times* 18.6.19, *Fiji Sun* 3.6.19, 19.6.19)

### UN-Generalsekretär besucht Fidschi

UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat vom 14. bis zum 18. Mai Fidschi, Vanuatu und Tuvalu besucht. In Fidschi nahm er am Treffen der Staats- und Regierungschefs des *Pacific Islands Forum* (PIF) teil. Dabei lobte er die pazifischen Inselstaaten für ihr „Leadership“ beim Klimaschutz und verwies insbesondere auf die eng miteinander verschränkten Herausforderungen des Klimaschutzes und des Schutzes der Ozeane. Er sagte, er unterstütze den Wunsch der pazifischen Staaten, als „blauer Kontinent“ mehr Aufmerksamkeit zu erfahren. Gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs der pazifischen Inselstaaten forderte er mehr Engagement von den Staaten der Welt beim Klimaschutz.

Es war der erste Besuch eines UN-Generalsekretärs in Fidschi, Vanuatu und Tuvalu überhaupt. Guterres Vorgänger Ban Ki-moon hatte 2011 als erster UN-

Generalsekretär an einem *Pacific Islands Forum* in Neuseeland teilgenommen und anschließend Kiribati besucht. (*UN News* 14.5.19, 15.5.19, eigene Recherchen)

### Bainimarama fordert EU zur Klimaneutralität bis 2050 auf & kritisiert australische Klima-Politik

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama hat gemeinsam mit Dr. Hilda Heine, der Präsidentin der Marshall-Inseln, die Staaten der Europäischen Union aufgefordert, sich dazu zu verpflichten, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Ein entsprechendes Statement veröffentlichten Bainimarama und Heine vor dem am 20. Juni 2019 beginnenden Gipfeltreffen der Europäischen Union. Kurz vor Redaktionsschluss endete der Gipfel ohne eine solche Vereinbarung (Stand: 23.6.2019). Dem Vernehmen nach hatten sich vor allem Tschechien, Polen und Ungarn gegen einen entsprechenden Beschluss gestellt.

Bereits Anfang des Monats hatte Bainimarama erneut die australische Klimapolitik kritisiert. Er forderte das Land auf, sowohl die Nutzung von Kohleenergie als auch den weiteren Abbau von Kohle zu beenden. Nach seinen Äußerungen wies er auch Reaktionen des Abgeordneten John Alexander der regierenden australischen *Liberal Party* zurück, der gesagt hatte, Australien solle Anpassungsmaßnahmen wie die Umsiedlung auf niedrig gelegenen Inseln lebender Menschen in den pazifischen Inselstaaten eigenem Handeln zu Reduzierung der australischen Treibhausgasemissionen vorziehen. Bainimarama nahm in seiner Kritik an Australien auch Bezug auf Aussagen des früheren australischen Premierministers Kevin Rudd von der *Labour Party*, der in einem Interview vorgeschlagen hatte, den Bewohnerinnen und Bewohnern niedrig gelegener Atoll-Inseln wie Tuvalu und Kiribati die australische Staatsbürgerschaft anzubieten, wenn Australien im Gegenzug Zugriff auf die maritimen Ressourcen der teils

großen Meeresgebiete der Staaten erhalte. Der Artikel hatte bereits nach Veröffentlichung heftige Diskussionen ausgelöst. Nun unterstrich Bainimarama, die Menschen im Pazifik dürften solche unsensiblen, neokolonialistischen Ansichten nicht tolerieren. Im Gegensatz zur australischen Politik lobte Bainimarama jedoch die Bemühungen der neuseeländischen Regierung um eine ambitioniertere Klimapolitik. (*Guardian* 8.5.19, *Radio New Zealand International* 21.6.19, *Tagesschau* 21.6.19)

### Kritik an Fidschis Haltung zu West-Papua und MSG

Der „Schatten-Außenminister“ der Oppositionspartei SODELPA, Anale Jale, hat die Regierung für ihre Haltung im Konflikt in West-Papua kritisiert. Er fragte, wie Fidschi angesichts der offenkundigen Menschenrechtsverbrechen Indonesiens in West-Papua weiterhin die Ohren vor den Rufen nach Freiheit der melanesischen Geschwister in West-Papua verschließen könne. Es sei erschreckend offensichtlich und eine Schande, wie Fidschi der indonesischen Scheckbuch-Diplomatie erlegen sei. Die Regierungspolitik stehe im Gegensatz zu Versprechen von Premierminister Voreqe Bainimarama, Fidschi zu einem Menschenrechts-„Champion“ zu machen. Fidschi gilt ebenso wie Papua-Neuguinea als enger Verbündeter Indonesiens und hat Bestrebungen zur Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in West-Papua innerhalb der MSG, der auch Vanuatu, die Salomonen und die Unabhängigkeitsbewegung Neukaledoniens angehören, ausgebreitet. Zwar wurde die Unabhängigkeitsbewegung West-Papuas 2016 als Beobachter in die MSG aufgenommen, gleichzeitig wurde auf Drängen von Fidschi jedoch die Beobachtermitgliedschaft Indonesiens zu einer „assozierten Mitgliedschaft“ aufgewertet. Seitdem ist die MSG politisch weitgehend gespalten.

Um auf die Unzufriedenheit mit Fidschis Haltung zu West-Papua und der daraus resultierenden In-

aktivität der MSG aufmerksam zu machen, beantragte die Opposition auch, die jährlichen Beitragszahlungen Fidschis in Höhe von 1,12 Mio. Fidschi-Dollar an die *Melanesian Spearhead Group* um 120.000 Fidschi-Dollar zu reduzieren. Sie begründete den Schritt damit, dass das Forum mit dem Ziel gegründet worden sei, sich für die Interessen der Bevölkerung stark zu machen, aber daran scheitere, die Hilferufe und Bedürfnisse der Menschen in Melanesien ernst zu nehmen, wie der Fall West-Papuas zeige.

Außenminister Inia Seruiratu wies die Kritik zurück. Es gebe immer wieder Meinungsverschiedenheiten innerhalb der MSG, dennoch müssten ihre Mitglieder miteinander im Gespräch bleiben. Er verwies außerdem darauf, dass Fidschi der MSG unter der Regentschaft des heutigen Chefs der Oppositionspartei SODELPA, Sitiveni Rabuka, beigetreten sei.

In einem ungewöhnlichen Schritt äußerte sich auch der Vorsitzende des zuständigen Parlamentsausschusses, der frühere fidschianische Präsident (2009 – 2015) Ratu Epeli Nailatikau, zu dem Antrag der Opposition. Er unterstrich die Relevanz der MSG und sagte, dass Fidschi – das der MSG später als die anderen melanesischen Staaten beigetreten war – von Anfang an hätte dabei sein sollen. Eine Reduzierung der Beitragszahlungen würde die daraus resultierende erst später gewachsene starke Position Fidschis in der Organisation wieder abschwächen. (*FBC News 20.6.19, Radio New Zealand International 21.6.19*)

### **Touristenpaar stirbt im Urlaub in Fidschi**

Ein junges amerikanisches Paar ist während eines Urlaubsaufenthalts auf Fidschi Ende Mai innerhalb weniger Tage aus noch ungeklärten Ursachen verstorben. Eine zunächst vermutete gefährliche Infektionskrankheit als Todesursache des aus Texas stammenden Paares wurde nach einer umfangreichen Untersuchung, bei

welcher Fidschi vom *US Centre for Disease Control*, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und medizin-forensischen Experten aus Australien unterstützt wurde, mittlerweile ausgeschlossen. Damit gab das für Gesundheit zuständige Ministerium in Fidschi auch Entwarnung für die Öffentlichkeit. Fünf Personen, die Kontakt zu dem verstorbenen Paar gehabt hätten, seien medizinisch beobachtet worden, jedoch bei bester Gesundheit. Weitere Untersuchungen sollen nun die tatsächliche Todesursache klären. Das Paar war noch in der Lage, gemeinsam ein Krankenhaus aufzusuchen. Dort sei zunächst die Frau verstorben, der Mann wenige Tage später, kurz bevor er für weitere Behandlungen nach Australien ausgeflogen werden sollte. Das Paar hinterlässt einen zweijährigen Sohn. (*ABC 3.6.19, Radio New Zealand International 20.6.19*)

### **† Filipe Nageru Bole**

Der frühere stellvertretende Regierungschef und Wirtschaftsminister Fidschis, Filipe Nageru Bole, ist am 19. Juni 2019 im Alter von 83 Jahren gestorben. Sowohl Premierminister Voreqe Bainimarama als auch der SODELPA-Vorsitzende Sitiveni Rabuka würdigten Bole. Bainimarama lobte insbesondere die Integrität des früheren Politikers. Nationale Medien hoben auch hervor, dass Bole anders als viele andere Politiker des Landes in keine größeren Skandale verstrickt war. Bole war im Jahr 1993 kurzzeitig stellvertretender Premierminister und hatte in verschiedenen Regierungen unterschiedliche Ministerämter inne, unter anderem als Wirtschaftsminister. Zuletzt war er in seiner Heimatprovinz Lau noch Vorsitzender des Lokalrats. (*Radio New Zealand International 21.6.19*)

### **ILO fordert Einhaltung der Arbeitnehmerrechte**

Die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) hat ihre Sorgen über die anhaltende Einschüchterung und Verhaftung von Gewerkschaftern

in Fidschi geäußert und ein Ultimatum bis November dieses Jahrs gesetzt, um Fortschritte beim Schutz der Rechte von Arbeitnehmervertretern zu erzielen. Elena Gerasimova, ILO-Expertin zu Arbeitsbedingungen und Arbeitsstandards im Pazifik, sagte, die ILO unterstütze Fidschi weiterhin bei der Umsetzung entsprechender internationaler Normen. Sollten bis November keine Erfolge erzielt worden sein, werde die ILO sich erneut mit Fidschi befassen und konkrete Vorschläge unterbreiten und technische Hilfe anbieten, wie Fidschi die offenen Forderungen der ILO umsetzen soll.

Der *Fiji Trades Union Congress* (FTUC) begrüßte die Äußerungen der ILO. Es seien nun vier Jahren vergangen, seitdem die Regierung eine Erklärung zur gemeinsamen Umsetzung notwendiger Arbeitsrechtsreformen unterzeichnet habe, bisher seien aber noch keine entsprechenden Schritte unternommen worden. Insbesondere fordert der Gewerkschaftskongress in Fidschi, dass Vertreter von Gewerkschaften wie auch von der ILO gefordert gleichberechtigt mit anderen Tarifpartnern an Verhandlungen teilnehmen dürfen.

Im Mai hatte die für die Wasserversorgung zuständige Behörde mehr als 2.000 Arbeitsverträge aufgekündigt. Bei den anschließenden Gewerkschaftsprotesten kam es auch zu Verhaftungen. Am 17. Juni wurde außerdem Surendra Lal, Vorsitzender der Farmer-Gewerkschaft, mit dem Vorwurf der Aufwiegelung von Zuckerrohrfarmern festgenommen. (*Fiji Times 20.6.19, 21.6.19, Radio New Zealand International 18.6.19, 21.6.19*)

## **VANUATU**

### **Erste Richterin am Gericht**

Frau Viran Molisa Trief ist die erste einheimische Richterin des Obersten Gerichtshofes von Vanuatu. Sie nimmt ihr Amt Mitte Juli auf.

Die Rechtsanwältin konnte sich gegen zehn (auch internationale) BewerberInnen durchsetzen, die

um das Richteramt am Obersten Gerichtshof konkurrierten. Frau Trief verfügt über langjährige Erfahrungen in verschiedenen juristischen Ämtern, u.a. war sie Oberste Anwältin am Staatsgericht sowie Anwältin am Berufungsgericht. Außerdem koordiniert sie ein Partnerschaftsprogramm der australischen und vanuatischen Justiz namens „*Stretem Rod blong Justice and Sefti*“.

*Info:* Viran Molisa Trief ist die Tochter von Sela (Parlamentarier, ehemaliger Handelsminister) und der verstorbenen Dichterin, Frauenrechteaktivistin und Politikerin Grace Molisa. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. (*Vanuatu Daily Post* 15.05.19, *PIR* 16.03.09)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Dr. Matthias Kowasch, Graz.]

### Provinzialwahlen: Unabhängigkeitsgegner gewinnen die Mehrheit im Parlament

Sechs Monate nach dem Unabhängigkeitsreferendum haben die Provinzialwahlen die politische Landschaft in Neukaledonien verändert, insbesondere bei den Unabhängigkeitsgegnern.

Die Unabhängigkeitsbewegung *FLNKS* (*Front de libération nationale kanak et socialiste*) hat ihr Ziel bei den am 12. Mai stattgefundenen Wahlen denkbar knapp verfehlt. Beflügelt von den 43,3 % Ja-Stimmen beim Referendum am 4. November 2018 hatte man gehofft, die Mehrheit im Kongress, dem neukaledonischen Parlament, zu gewinnen. Doch diese bleibt nach den Wahlen in den Händen der Loyalisten, die 28 der 54 Parlamentssitze erringen konnten, wohingegen die unterschiedlichen Parteien der Unabhängigkeitsbefürworter sich mit 26 Sitzen zufriedengeben mussten.

Die Anhänger eines „französischen Neukaledonien“ hatten den Provinzialwahlen mit Sorge entgegengesehen. Doch endeten sie mit

einem Erfolg für die Liste *Avenir en confiance*, angeführt von Sonia Backès. *Avenir en confiance* brachte drei Parteien zusammen: *Républicains calédoniens*, *Le Rassemblement-Les Républicains* und *Mouvement populaire calédonien*. Aufgrund ihrer 40,6 %, die *Avenir en confiance* in der Südprominz erzielte, konnte die Liste 21 Sitze im Provinzparlament und 16 Sitze im Kongress erringen. Der Erfolg ging zu Lasten einer anderen konservativen Partei, *Calédonie ensemble* unter Führung von Philippe Gomès, der sich für eine weitgehende Autonomie (aber keine Unabhängigkeit) Neukaledoniens einsetzt. Seine Partei hatte bis zu den Provinzialwahlen die wesentlichen Posten des Landes inne: die Präsidentschaft Neukaledoniens (Philippe Germain), die Präsidentschaft der Südprominz (Philippe Michel), die beiden Abgeordnetensitze in der französischen Nationalversammlung (Philippe Gomès und Philippe Dunoier) und einen der beiden Sitze Neukaledoniens im französischen Senat (Gérard Poadja). Die Partei hat bei den jetzigen Wahlen einen wahren Zusammenbruch erlebt: Von den vormals 15 Sitzen im Kongress verbleiben ihr noch 7.

In der Nordprominz hat *Calédonie ensemble*, angeführt von Gérard Poadja, sogar die 5 %-Barriere verfehlt und konnte damit keine Sitze im Provinzparlament erringen. Die Liste des Kanak-Bürgermeisters Alcide Ponga, *Agissons pour le nord*, die gegen die Unabhängigkeit ist, war hingegen einer der Gewinner der Wahlen und erhielt mit 12,2 % der Stimmen drei Sitze. Der Kampf um die Führung in der Nordprominz zwischen Paul Néaoutyine, der starke Mann der Unabhängigkeitspartei PALIKA, der die Prominz seit 20 Jahren regiert, und der zweiten großen Unabhängigkeitspartei *Union calédonienne* (UC), angeführt von Daniel Goa, war sehr eng. Paul Néaoutyine und die PALIKA setzten sich schließlich mit 38,5 % gegenüber 36 % für die UC von Daniel Goa durch und dürften damit weiterhin den Präsidenten stellen.

In der Prominz der Loyauté-Inseln teilen sich die Unabhängigkeits-

parteien die Sitze untereinander auf. Die Unabhängigkeitsgegner konnten keinen einzigen Sitz im Provinzparlament erringen.

Ein weiteres überraschendes Ergebnis der Wahlen ist die Partei *L'Eveil océanien*, die sich in erster Linie an die Bevölkerungsgruppe der Wallisianer und Futunianer richtet. Sie zog erstmals in den neukaledonischen Kongress ein. Mit 8,6 % der Stimmen in der Südprominz hat die Partei, die gegen eine politische Unabhängigkeit ist, zwei Sitze im Kongress erhalten.

Der neue Kongress weist nun die folgende Sitzverteilung auf: 16 für *L'Avenir en confiance*, 7 für *Calédonie ensemble*, 3 für *L'Eveil océanien* und 2 für *Agissons pour le Nord*. Die Unabhängigkeitsparteien kommen insgesamt auf 26 Sitze.

Die Vorsitzende der *Avenir en confiance*, Sonia Backès, wird durch die Wahlen zur wichtigsten Figur der neukaledonischen Politikszene. Sie hat das Ergebnis der Wahlen begrüßt, die ihr eine komfortable Position für die bevorstehenden Verhandlungen über den Ausgang des Nouméa-Vertrages mit Vertretern der Unabhängigkeitsparteien und der scheidenden Regierung ermöglichen. „*Vor den Wahlen gab es zwei mögliche Szenarien: Dass die Loyalisten die Mehrheit im Kongress behalten oder dass es einen Wechsel gibt. Für uns ist es ein Sieg des Zusammenschlusses*“, sagte die Vorsitzende der Partei *Républicains calédoniens*. Gleichzeitig streckte sie den Gegnern von *Calédonie ensemble* die Hand aus.

Die französische Regierung hat die Wahlen mit großem Interesse verfolgt. „*Ich begrüße den reibungslosen Ablauf der Wahlen*“, erklärte der französische Premierminister Edouard Philippe. „*Wie wir beim letzten Komitee der Unterzeichner [des Nouméa-Vertrages], welches sich zuletzt im Dezember 2018 getroffen hat, vereinbart hatten, soll die zukünftige Regierung Neukaledoniens die Gespräche über die Zukunft des Landes wiederaufnehmen und*



weiterführen.“ Eine Zukunft, die weiterhin unsicher ist. (Patrick Roger, *Le Monde*, 12. Mai 2019 (online: [https://www.lemonde.fr/politique/article/2019/05/12/elections-provinciales-en-nouvelle-caledonie-les-loyalistes-restent-majoritaires-au-congres\\_5461117\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2019/05/12/elections-provinciales-en-nouvelle-caledonie-les-loyalistes-restent-majoritaires-au-congres_5461117_823448.html)))

## Kooperationsabkommen mit Vanuatu

Die neukaledonische Regierung hat im Rahmen einer regionalen Kooperationsvereinbarung dem Nachbarland Vanuatu insgesamt 38 Mio. CFP (ca. 318.000 €) für Entwicklungsprojekte zugesagt. Über die Hälfte der Summe (55 %) kommt aus Neukaledonien, 45 % vom französischen Staat.

Ein großer Teil der zugesagten Gelder soll mit Unterstützung des vanuatischen Bildungsministeriums in Bildungsprogramme fließen: a) Sensibilisierungsmaßnahmen für Zweisprachigkeit; b) die Entwicklung der Francophonie; c) Bildungsprogramme, die Gesundheit und Lebensmittelhygiene betreffend; d) Programme zur Berufsausbildung und zur Entwicklung der Landwirtschaft.

Dabei zu beachten ist, dass ein Viertel der öffentlichen Ausgaben der Regierung Vanuatus in den Bildungssektor gehen. Die französische Sprache hat in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung verloren: Während 1978 noch 44% der Einwohner des Landes die Sprache Molières und Corneilles beherrschten, waren es 1994 noch 37 % und 2016 gar nur noch 10 %. Hauptverkehrssprache in Vanuatu ist Bislama, das während der Kolonialzeit entstanden ist und zu 95% aus englischen Wörtern besteht. Insgesamt gibt es daneben 117 indigene Sprachen, womit Vanuatu der Staat mit der weltweit höchsten Sprachendichte pro Einwohner ist.

Am Rande des Zusammentreffens der beiden Regierungen entstand auch die Idee einer Zusammenarbeit im Bereich der Luftfahrt. Die Regierungen Vanuatus und der neukaledonischen Provinz der Loyauté-Inseln seien bereit, drei Mal pro Woche eine Flugverbindung zwischen Port Vila, der Hauptstadt

Vanuatus, und Lifou, der größten der Loyauté-Inseln, einzurichten. Die Verbindung könnte bis 2022, dem Jahr eines eventuell dritten Unabhängigkeitsreferendums in Neukaledonien, in Betrieb genommen werden, wenn es die politischen und institutionellen Entwicklungen in Neukaledonien erlauben. (*Calédonie 1<sup>ère</sup>* 12.04.19)

## 20 Haie nach Angriffen zum Abschuss freigegeben

Im Lauf der letzten 60 Jahre wurden in Neukaledonien 15 tödliche Angriffe von Haien auf Menschen gezählt, davon ein Drittel seit 2011.

Am 25. Mai 2019 wurde ein kleiner Junge im Alter von 10 Jahren im Yachthafen von Nouméa, wo er in der Nähe des elterlichen Bootes badete, schwer verwundet. Einige Tage später, am 29. Mai, wurde ein Fischer auf den Belep-Inseln im Norden des Landes von einem Hai tödlich verletzt. Der Fischer im Alter von ca. 40 Jahren war gerade dabei, Seegurken zu sammeln.

Nach den beiden Angriffen innerhalb kürzester Zeit haben die Behörden Neukaledoniens 20 Bullenhaie zum Abschuss freigegeben. Die Verantwortlichen sehen dringenden Handlungsbedarf, wie die Aussage von Sonia Lagarde, konservative Bürgermeisterin von Nouméa, zeigt: „*Es ist notwendig, sich mit den tieferen Gründen des Problems auseinander zu setzen. Viele Jahre lang wurden Haie gefüttert, was dazu geführt hat, dass diese vor Ort geblieben sind.*“

Neben dem Abschuss von 20 Bullenhaie als kurzfristige Maßnahme sollen langfristig Anti-Hai-Netze mehr Schutz bieten. Bullenhaie stehen seit 2013 laut dem Umweltgesetz der Südprovinz unter Schutz, ebenso wie andere Haiarten. Vom IUCN (*International Union for Conservation of Nature*) werden Bullenhaie als „potenziell gefährdet“ eingestuft. Trotzdem hat man sich für den Abschuss von 20 Tieren entschieden. Die Tiere werden bei der Aktion erst gefangen und anschließend eingeschläfert.

Versuche, Haie in Küstennähe zu fangen und außerhalb der Lagune wieder auszusetzen, sind gescheitert, da die mit Ringen gekennzeichneten Haie wieder in die Lagune zurückgekehrt sind. Auch wenn Wissenschaftler Schwierigkeiten haben, die Population von Bullenhaie in den Küstengewässern zu schätzen, so wird ihre Anzahl doch als „hoch“ und „ansteigend“ eingeschätzt. Laut Philippe Tirard, ehemaliger Wissenschaftler am IRD (Institut de Recherche pour le Développement) und Autor des Buches „*Requins du Caillou*“ (Haie Neukaledoniens), „wimmelt es von Haien. „*Innerhalb von 10 Minuten habe ich ca. 20 in der Nähe des Kais [im Hafen von Nouméa] gezählt.*“

Für Julien Chable, Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation *Sea Shepard*, ist der Abschuss von 20 Bullenhaie eine rein politische Entscheidung, ohne Abstimmung und Diskussion mit Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft. Er ruft die Neukaledonier auf, ihr Verhalten zu ändern und Abfälle nicht mehr ins Meer zu werfen. Und nicht nur *Sea Shepard* hat gegen die Tötungen demonstriert. Bereits wenige Stunden nach dem Beginn der Aktion hatte eine Petition „*Nein zum Abschlachten der Haie*“ bereits 3.900 Unterschriften in Neukaledonien gesammelt. (*France Ouest*, 12.6.19. Online: <https://www.ouest-france.fr>; *BFM TV*, 30.5.2019, *Calédonie 1<sup>ère</sup>* 12.6.2019, Online: <https://la1ere.francetvinfo.fr>)

## Nouméa eine der teuersten Städte der Welt

Neben Paris, Singapur und New York zählt Nouméa, die Hauptstadt Neukaledoniens, weltweit zu den 20 Städten mit den höchsten Lebenshaltungskosten. Das geht aus einem aktuellen Ranking der *Economist Intelligence Unit* (EIU) hervor. Das Beratungsunternehmen gehört zur gleichen Gruppe wie die britische Wochenzeitung „*The Economist*“, die das aktualisierte Ranking, das zwei Mal pro Jahr erstellt wird, am 19. März 2019 veröffentlicht hat.

Alle sechs Monate vergleicht die EIU die Preise von mindestens

160 Produkten und Dienstleistungen in 133 Städten in 93 Ländern. Es verwendet einen Index namens WCOL (*Worldwide cost of living*). Dabei werden die Preise für Lebensmittel, Kleidung, persönliche Dienstleistungen, Mieten, Transport und Freizeit berücksichtigt. Die Preise werden zu dem zum Zeitpunkt der Umfrage gültigen Wechselkurs in Dollar umgerechnet und für alle Länder gleich gewichtet.

Zum sechsten Mal in Folge steht Singapur an der Spitze der Liste, dieses Mal gemeinsam mit Hongkong und Paris: Alle drei haben einen WCOL-Index von 107. Doch Nouméa ist nicht weit entfernt, denn laut EIU schaffte Nouméa es mit einem Index von 87 in nur einem Jahr von 50. auf den 20. Platz. Im Gegensatz zu Nouméa haben andere Städte der Region Australien/Ozeanien in dem Ranking Plätze „verloren“, z.B. Adelaide, Perth und Wellington.

Die hohen Lebenshaltungskosten in Neukaledonien beruhen zumindest teilweise auf einem Mangel an Wettbewerb, insbesondere im Groß- und Einzelhandel, der von einer kleinen Anzahl von Unternehmen dominiert wird. Ein anderer Grund sind die extrem hohen Gehälter im Öffentlichen Sektor, wo französische (aber auch einheimische) Beamte die sogenannte „Prime“, einen Auslandszuschlag, bekommen. Das Ranking spiegelt jedoch nicht die Lebenshaltungskosten aller Bevölkerungsgruppen wider: Es richtet sich in erster Linie an Führungskräfte. Ähnliche Rankings, die von anderen Organisationen erstellt werden, liefern andere Ergebnisse. (*Calédonie 1<sup>ère</sup>* 22.3.19)

## MIKRONESIEN

### Nauru wird WMO-Mitglied

**Nauru:** Am 16. Mai ist Nauru als 193. Mitglied der *Weltorganisation für Meteorologie* (WMO) beigetreten. Im Jahr 2015 wurde eine meteorologische Station auf Nauru eingerichtet. Diese hat im Dezem-

ber 2018 mit der Aufzeichnung des Wetters begonnen. Derzeit arbeiten vier Wissenschaftler auf der Station, die direkt dem *Ministry for National Emergency Services* unterstellt ist.

Nauru ist bereits Mitglied im *Pacific Meteorological Council* und partizipiert am Programm „Climate Risk and Early Warning System“ (CRWES) zur Vorhersage von Wetterkatastrophen wie Wirbelstürmen und Flutwellen. Hier arbeitet Nauru eng mit dem Wetterdienst auf Fidschi zusammen. Fidschi unterhält das *Regional Specialized Meteorological Center* zur genauen Vorhersage von Katastrophen im gesamten pazifischen Raum.

*Info:* Die *Weltorganisation für Meteorologie* ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sie wurde 1950 gegründet. Hauptsitz ist in Genf in der Schweiz. Ihre „Vision“ ist die Bereitstellung weltweiter Fachkompetenz und internationaler Kooperation in den Bereichen Wetter, Klima, Hydrologie & Wasserressourcen und verwandter Umweltbereiche. Derzeit sind 187 Staaten und sechs Territorien Mitglied bei der WMO. (*Loop Nauru* 21.05.19, <https://public.wmo.int/en>)

## MARSHALL-INSELN

### Repatriierung gefallener japanischer Soldaten

Mitglieder der Organisation *Japan Association of Recovery and Repatriation of War Casualties* (JARRWC) haben Ende Februar/Anfang März die sterblichen Überreste von 48 japanischen Soldaten auf dem Atoll Wotje geborgen und nach Japan ausgeflogen. Dafür war eigens Professor Dr. Narasaki nach Wotje gereist. Der international bekannte Archäologe mit Ausbildung in der Pathologie ist spezialisiert auf die Bergung sterblicher Überreste.

Die Überreste der Gefallenen wurden zunächst per Flugzeug nach Majuro gebracht, wo im Beisein hochrangiger Politiker von den Marshall-Inseln und im Beisein des japanischen Botschafters für

die Marshall-Inseln im *Peace Park* eine Gedenkveranstaltung für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs stattfand. Im Weltkrieg starben bei Luft- und Wasserschlachten auf den Marshall-Inseln rund 20.000 Japaner. Auf dem Atoll Wotje sollen 2.900 Soldaten gestorben sein. Nach diversen Repatriierungsaktionen von JARRWC auch in der Vergangenheit geht man derzeit davon aus, dass noch sterbliche Überreste von 2.650 Menschen auf Wotje verblieben sind.

*Info:* Wotje ist ein Atoll der Ratak-Kette der Marshall-Inseln. Das Atoll hat eine Landfläche von 8,18 km<sup>2</sup> bei einer Lagunenfläche von 624 km<sup>2</sup>. Flugzeugwracks, der zerstörte japanische Militärflugplatz sowie andere Überreste der japanischen Besetzung machen die Insel zu einem Ausflugsziel für Interessierte am Zweiten Weltkrieg. Im Dezember 1943 waren 3.298 japanische Soldaten und Zivilisten unter dem Kommando von Konter-Admiral Nobukazu Yoshim auf Wotje stationiert. Die rund 860 Inselbewohner feiern jährlich am 9. Juni die Befreiung von den Japanern. (*Marshall Islands Journal* 15.03.19, <http://marshall.csu.edu.au/Marshalls/html/WII/Wotje.html>)

### † Außenminister Bruce Kijiner

Ende Mai starb im Alter von 48 Jahren der Außen- und Handelsminister der Marshall-Inseln, Bruce Kijiner. Er wurde am 3. Juni mit einem Staatsbegräbnis in Majuro geehrt. An der Trauerfeier nahm auch die amerikanische Botschafterin für die Marshall-Inseln, Karen Stewart, teil. Kijiners Leiche wurde nach der Trauerfeier auf sein Heimat-Atoll Arno geflogen und dort auf dem Familienbesitz bestattet. Zu seinem Nachfolger als Außenminister wurde John Silk ernannt. (*Marshall Islands Journal* 24.05.19)

### † Bürgermeister Loek

Am 7. Mai starb in Sacramento (Kalifornien) im Alter von 63 Jahren der langjährige Bürgermeister

des Atolls Ailinglaplap, Juaer Loeak.

Loeak wurde als jüngstes Kind einer Familie mit sechs Kindern auf dem von knapp 1.800 Menschen bewohnten Atoll geboren. Einer seiner noch lebenden Brüder ist der ehemalige Präsident der Marshall-Inseln, Christopher Loeak (2012 bis 2016).

Juaer Loeak heiratete 1979 Alma, das Paar hat sieben Kinder und 27 Enkelkinder. (*Marshall Islands Journal* 24.05.19, <https://www.infomarshallislands.com/atolls-a-ailinglaplap-atoll/>)

## Kubanischer Botschafter

Bereits Ende März hat Präsidentin Dr. Hilda Heine das Akkreditierungsschreiben des ersten kubanischen Botschafters für die Marshall-Inseln bei einer feierlichen Zeremonie im Kabinett entgegengenommen.

Botschafter Carlos Manuel Rojas Lago und Präsidentin Heine sprachen u.a. über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Heine bedankte sich über den Botschafter bei der kubanischen Regierung für die Vergabe von Ausbildungsstipendien an marshallische Studierende.

Die Marshall-Inseln und Kuba haben am 27. September 2015 diplomatische Beziehungen aufgenommen. (*Marshall Islands Journal* 15.03.19)

## Erste Absolventin

Telphina Philimon hat als erste Teilnehmerin am CMI (*College of the Marshall Islands Distance Learning Center*) in Jaluit ihr Examen im Fach Erziehungswissenschaften mit einem AA-Abschluss (Bestnote) bestanden. CMI hatte im Juni 2017 sein Aus- und Fortbildungszentrum auf Jabor Island neben der *Jaluit High School* eröffnet. Das Zentrum bietet Online-Learning-Kurse in verschiedenen Fächern an. Gemeinsam mit Philimon studierten 16 Erwachsene. Sie absolvierten ein Grundstudium in Pädagogik, während Philimon

bereits das Hauptstudium absolvierte. (*Marshall Islands Journal* 07.06.19, <https://www.cmi.edu/history>)

## KIRIBATI

### Programm gegen Gewalt gegen Frauen

Die Regierung von Kiribati hat am 24. Juni das Programm „*Pacific Partnership to end violence against women and girls*“ eingeführt. Zum Start des von der Europäischen Union mit 19,5 Millionen Euro finanzierten Programms in Kooperation mit der australischen Regierung (6,2 Mio. Euro) sagte Präsident Taneti Maamau, er habe die Vision, dass Kiribati zu einem Staat werde, in dem häusliche Gewalt nicht mehr vorkomme.

Unter dem Motto „*Strengthening peaceful villages*“ sollen in ausgewählten Schulen und Kindergärten in ganz Kiribati Workshops zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ durchgeführt werden. Gemeinsam mit dem kiribatischen Bildungsministerium wird das *Regional Rights Resource Team* der *Pacific Community* die Lehrpläne an den Grund- und weiterführenden Schulen um das Gewalt-Thema erweitern. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation erleiden 68 % aller Frauen mindestens einmal im Leben häusliche und/oder sexuelle Gewalt.

Der Kinderschutzbund von Kiribati wird in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Bildungs- und Justizministeriums ebenfalls Workshops für Multiplikatoren in der Bildungsarbeit entwickeln und durchführen. Ziel ist die flächendeckende Ausbildung aller mit dem Schutz und der Ausbildung von Mädchen befassten Personen und Institutionen im Hinblick auf das Gewalt-Thema.

Nach drei Jahren soll das Programm evaluiert werden. Dabei soll überprüft werden, ob es durch die Workshops und die öffentliche Sensibilisierung zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ zu einer signifikant niedrigeren Rate von Gewalt gekommen ist. (*Pressemitteilung* 25.06.19)

## Workshop zu Inklusion

Über 30 LehrerInnen von 16 Schulen aus Nord- und Süd-Tarawa haben Ende Mai an einem Workshop zur Inklusion beeinträchtigter Kinder teilgenommen. Die Teilnehmer sollen als Multiplikatoren wirken und ihre neuen Kenntnisse an die entsprechenden Lehrerkollegien weitergeben. Neben den Lehrern nahmen auch Dozierende des *Kiribati Training College* an dem Workshop teil. Es ging vor allem darum, den Lehrern an ‚normalen‘ Schulen Material und Methoden vorzustellen, wie geistig und körperlich beeinträchtigte Kinder in den Schulalltag integriert werden können und wie sie besser gefördert werden können. Des Weiteren ging es um die Frage, wie Schulen zu einem „sicheren Ort“ für Mädchen werden können. Die Teilnehmer lernten, verbalen sexuellen Missbrauch und Mobbing zu erkennen und zu unterbinden.

Organisiert hatte den Workshop in Tarawa das *Regional Rights Resource Team* der *Pacific Community* im Rahmen des pazifischen Programms „*Partnership to end violence against women and girls*“. (*Pressemitteilung* SPC 22.05.19)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Erster *Liaison Officer* für Saisonarbeiter

**Samoa:** Als erster Pazifikstaat hat Samoa einen Verbindungsoffizier (*Liaison Officer*) für die in Australien lebenden Saisonarbeiter bestellt.

Fulisiailagitele Saleuesile arbeitet derzeit noch als Controller im Handels- und Wirtschaftsministerium in Apia. Er setzte sich gegen fünf Bewerber für den neu geschaffenen Posten durch und wird demnächst nach Australien um-

ziehen. Von dort aus soll er sich um die 600 Samoaner kümmern, die jährlich im Rahmen des *Seasonal Workers Programme* (SWP) von Australien zur Arbeit in der Landwirtschaft, im Weinbau sowie als Fabrikarbeiter für Fleischfabriken angeworben werden.

Bereits seit 12 Jahren vermittelt Samoa saisonale Arbeitskräfte nach Neuseeland im Rahmen des *Recognised Seasonal Employer Scheme* (RSE) und nach Australien im SWP. Derzeit arbeiten 2.000 Samoaner in Neuseeland, jedoch nur 600 in Australien. Längerfristig möchte Australien mehr Arbeiter aus Samoa anwerben.

Die Saisonarbeitskräfte erhalten Arbeitsverträge für maximal drei Jahre.

Saleuesile soll sich nach Vorgabe der Regierung auch seelsorgerlich um die Saisonarbeiter kümmern. In der Vergangenheit ist es in den Unterkünften der Arbeiter oft zu Konflikten und handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen, meist wegen übermäßigem Alkoholkonsum. Der samoanische Verbindungsoffizier soll die Arbeitskräfte in Workshops schulen und ihnen die Regeln und Gesetze vermitteln, an die sie sich im Gastland zu halten haben. (*Loop Samoa* 21.05.19)

### Erstmals Frauen bei der Küstenwache

**Samoa:** Ab September werden drei Frauen auf dem neuen Patrouillenboot der samoanischen Küstenwache, der „*Nafanua II*“, eingesetzt. Die drei weiblichen Seeleute absolvieren derzeit gemeinsam mit 20 weiteren Anwärtern eine viermonatige Fortbildung bei der australischen Küstenwache. Dort sollen sich die bereits bei der samoanischen Behörde ausgebildeten Seeleute weiter qualifizieren, um ab September in den Gewässern von Samoa patrouillieren zu können. Die Überwachung der Gewässer vor illegalen Fischtrawlern und die allgemeine Beobachtung der Küstengewässer gehören dann zu den Aufgaben der Offizierinnen. Erst-

mals werden in Samoa Frauen auf dem Boot der Küstenwache Dienst tun.

Bereits seit Februar 2019 tut die erste Kapitänin ihren Dienst. Il-elegagana Kenesareta Moananu machte ihr Kapitänspatent Anfang des Jahres an der *Samoa Shipping Corporation Maritime Academy*. Bis dato haben an dieser Akademie zwölf Frauen ihre Ausbildung als See“mann“ erfolgreich abgeschlossen. (*Newsline Samoa* 18.06.19, <https://www.newslinesamoa.ws/index.php/news/2019/local/seafaring-females-aim-top>)

### Neues Botschaftsgebäude eröffnet

**Niue:** Die neuseeländische Regierung hat Ende April das neue Botschaftsgebäude auf der Insel Niue eingeweiht. Zur Eröffnung war Fletcher Tabuteau angereist, der parlamentarische Vize-Sekretär des neuseeländischen Außenministeriums. Die neue Botschaft in der Hauptstadt Alofi ersetzt das 70 Jahre alte Vorgängergebäude. Seit Mai 2018 ist Kirk Yates neuseeländischer Botschafter für Niue. Bereits 1974 wurde das Assoziationsabkommen zwischen Neuseeland und Niue geschlossen. (<https://www.mfat.govt.nz/en/countries-and-regions/pacific/niue/new-zealand-high-commission/>)

### Sprache wird standardisiert

**Tokelau:** Die Regierung von Tokelau möchte das Tokelauische standardisieren. Das gab Kelihiano Kalolo bekannt, einer der *ulu* (Ältester) der Insel. Er erklärte, es gäbe häufig Schwierigkeiten bei der Planung von Treffen mit neuseeländischen Regierungsvertretern. Im Englischen gäbe es ein anderes Alphabet als im Tokelauischen, deshalb käme es zu Missverständnissen. Außerdem würden die Einheimischen englische und tokelauische Buchstaben verwechseln, jeder schreibe nach eigenem Gusto. Gerade im Hinblick auf die junge Generation sei es wichtig, eine standardisierte Sprache zu entwickeln, die dann auch in Schulen gelehrt werden könne.

Kalolo ergänzte, man werde nun eine Arbeitsgruppe einrichten, die das Regelwerk für Tokelauisch erarbeiten solle.

*Info:* Tokelauisch ist eine austro-nesische Sprache, die von ungefähr 1.400 Menschen in Tokelau gesprochen wird. Sie gehört zum polynesischen Zweig der malayopolynesischen Sprachfamilie und ist neben dem Englischen Amtssprache in Tokelau. Tokelauisch wird auch von ungefähr 2.900 tokelauischen Auswanderern in Neuseeland gesprochen. Die Sprache ist wegen der geringen Anzahl von Sprechern vom Aussterben bedroht. (*Radio NZ Intern* 01.04.19, <https://www.ethnologue.com/language/tkl>)

### Höhere Politiker-Gehälter

**Cook-Inseln:** Das Amt für Besoldung (*Remuneration Authority*) hat die Gehälter für den Premierminister und seine Minister um 45 % angehoben. Der stellvertretende Premierminister Mark Brown erklärte, der Lohnanstieg sei berechtigt, da man zuletzt vor 15 Jahren die Gehälter der Politiker angehoben habe.

Lynnsay Rokohepa-Francis, Sprecherin der „*Group for Political Change*“, zeigte sich entrüstet. Die Gruppe bemüht sich seit Jahren um Reformen, u.a. darum, die Anzahl der Parlamentssitzungen pro Jahr zu erhöhen. Derzeit finden nur an 14 Tagen pro Jahr Parlamentssitzungen statt. Angesichts von Ärzten, Lehrern, Polizisten und weiteren Berufsgruppen, die teilweise an sieben Tagen pro Woche für weitaus geringere Gehälter arbeiteten, sei die drastische Gehaltserhöhung für die 24 Parlamentarier auf den Cook-Inseln „*total falsch*“ (Zitat). (*Radio NZ Intern* 24.06.19)

## FRZ.-POLYNESIEN

## † Roland Oldham

**Frz.-Polynesien:** Am 16. März verstarb im Alter von 68 Jahren in Papeete Roland Oldham, einer der Gründer und langjähriger Präsident der Atomtestveteranenvereinigung *Moruroa e Tatou*. Diese Nichtregierungsorganisation war 2001 von Oldham, dem französischen Anti-Atom-Aktivisten Bruno Barrillot († 2017) und von John Doom († 2016) gegründet worden, um den ehemaligen Arbeitern auf dem Atomtestgelände von Moruroa, ihren Frauen und Kindern eine Stimme zu geben und sie in ihrem Kampf um finanzielle Kompensationen bei der französischen Regierung zu unterstützen.

Roland Oldham wurde 1950 in Papeete geboren. Er arbeitete einige Jahre als Lehrer auf Moorea, bevor er nach Neuseeland und später nach Australien ging. Anfang der 1980er Jahre kehrte er mit seiner Familie nach Tahiti zurück. Hier gründete er die Nichtregierungsorganisation *Hiti Tau* und engagierte sich gewerkschaftlich. Neben seinem politischen Engagement für die Opfer der Atomtests war Oldham als guter Gitarrist und Sänger bekannt, der mit seiner Band *Atomic Blues* in ganz Französisch-Polynesien auftrat. In den letzten Lebensmonaten litt Oldham an Krebs. Er wurde in seinem Heimatdorf Erima in der Gemeinde Arue bestattet.

([www.outremers360.com](http://www.outremers360.com) 16.03.19, *Tahiti Info* 20.03.19)

## HAWAI'I

## Atollregierungen kaufen Land

Die lokalen Regierungen der Atolle Kili, Bikini und Ejit (kurz: KBE) haben im Mai ein 283 Acres (ca. 1 Quadratkilometer) großes, unbewirtschaftetes Stück Land in der Region Hilo auf Big Island (Hawaii) gekauft. Das Land erstreckt sich von Ainako bis zur Straße von Akolea. Es wird von einem Fluss durchschnitten.

KBE-Bürgermeister Anderson Jibas erklärte, die für 4,8 Millionen US-Dollar angekaufte Fläche sei größer als die Insel Kili, wo derzeit auf 230 Acres ein Großteil der vom Atoll Bikini Vertriebenen auf engstem Raum lebt.

Das bei Hilo angekaufte Land soll den wegen der amerikanischen Atomtests von ihrem Heimatatoll vertriebenen Bikinier in der Zukunft als neue Heimat dienen. Noch ist nicht die Rede davon, das überbevölkerte Atoll Kili zu verlassen. Ganz im Gegenteil bemühen sich die Menschen, das Atoll für den Tauchtourismus zu erschließen. Sollte es aber zukünftig zu Versorgungsengpässen und weiter steigender Bevölkerung kommen, wollen die Bikinier nach Hawai'i auswandern. Zunächst soll das Land jedoch in mehrere, je 1 Acre große Parzellen, aufgeteilt werden. Diese Parzellen wollen die neuen Besitzer zunächst verkaufen, um damit Einkünfte für ihre Atolle zu generieren.

**Info:** Bereits Ende der 1980er Jahre hatte die KBE-Regierung sich entschlossen, Land auf der Insel Maui (Hawai'i) zu kaufen. Dies war an den Protesten der Einheimischen gescheitert. Zudem war erst im November 2017 die Entscheidung seitens des amerikanischen Innenministeriums gefallen, dass die Gelder aus dem *Bikini Resettlement Trust Fund* in Höhe von etwa 59 Mio. US-Dollar auch für den Kauf von Land außerhalb der Marshall-Inseln aufgewendet werden dürfen. Auf diese Entscheidung hatte die KBE-Regierung lange gewartet und nun Nägeln mit Köpfen gemacht. (*Marshall Islands Journal* 03.05.19, <https://www.hawaiilife.com/blog/a-hilo-purchase-of-283-acres-marks-a-new-beginning-for-kili-islanders/>)

AOTEAROA  
(NEUSEELAND)Renommierter Buchpreis  
für Tattoo-Buch

Das Sachbuch „Tatau: A History of Sāmoan Tattooing“ von Sean Mallon und Sébastien Galliot hat den diesjährigen *New Zealand Book*

*Award* in der Kategorie „Illustrated Non-Fiction“ gewonnen.

In dem Buch blicken die Autoren auf die über 3.000-jährige samoanische Tattoo-Kunst zurück und beziehen dabei Erkenntnisse aus der Ethnologie, der Photographie, dem Design und der Typographie mit ein.

Den ersten Preis erhielt das Buch vor allem aufgrund seines herausragenden Layouts mit exzellenten Fotografien und Zeichnungen.

**Info:** Der Franzose Sébastien Galliot ist Ethnologe, Fotograf, Filmmacher und Dozent am *Centre National de Recherche Scientifique* in Marseille. Er hat mehrere Publikationen zu Tätowierungen in Mikronesien veröffentlicht. Der samoanisch-irisch-stämmige Sean Mallon ist Kurator für pazifische Kulturen am neuseeländischen Museum *Te Papa Tongarewa* in Wellington.

(<http://www.nzbookawards.nz/new-zealand-book-awards/2019-awards/shortlist/>, <http://cnrs.academia.edu/SebastienGalliot>)

**Impressum:**

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:**  
Arnim Doerfer (arnim.doerfer@mission-einewelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.**  
Evangelische Bank  
IBAN: DE12520604100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

**Quellen:**  
ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

**Herausgeber:**  
**Pazifik**  
INFORMATIONSSTELLE  
und  
**Mission**  
**EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission  
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
[www.pazifik-infostelle.org](http://www.pazifik-infostelle.org)  
[www.mission-einewelt.de](http://www.mission-einewelt.de)

## INDONESIEN WESTPAPUA

[Anmerkung der Redaktion: In der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell* berichtete ich über den Solidaritätsbesuch einer internationalen kirchlichen Delegation unter Leitung des Weltkirchenrates (WCC) aus Genf in Westpapua und Indonesien. Der WCC hat nach seinem Besuch folgende Stellungnahme veröffentlicht.]

### The WCC Executive Committee Statement: Concern and Solidarity for West Papua

*Let justice roll down like waters,  
and righteousness like an ever-  
flowing stream. Amos 5:24*  
(NRSV)

The executive committee of the World Council of Churches, meeting in Bossey, Switzerland, on 22-28 May 2019, recalls the many initiatives and expressions of concern about the situation in the Indonesian provinces of Papua and Papua Barat (together referred to herein as “West Papua” or “Tanah Papua”) by national, regional and international ecumenical and church-related organizations over many years. Since the joint World Council of Churches (WCC)/Christian Conference of Asia (CCA) delegation visit to Indonesia (including West Papua) in 1999, the WCC has repeatedly lifted up issues related to human rights, environmental degradation, and economic justice in West Papua, particularly from the perspective of the Indigenous Papuan people. The same concerns were raised through the Living Letters team visit to Indonesia in July 2008, and the WCC General Secretary’s visit to West Papua in June 2012, and underlined in WCC governing body statements (including by the executive committee in February 2012, and by the central committee in June 2016).

The WCC central committee called in June 2016 for a solidarity visit to West Papua by an international ecumenical delegation, to demonstrate the ecumenical movement’s

accompaniment of the churches in the region, to hear the voices of the victims of violence and human rights violations, and to pursue the pilgrimage of justice and peace in this context. The executive committee accordingly welcomes the fact that in February this year 23 members of an ecumenical Pilgrim Team Visit (PTV) to Indonesia visited four separate locations in West Papua (Jayapura, Wamena, Merauke and Manokwari), in what is believed to be the first time that such a large and diverse international delegation has visited the territory since its integration into Indonesia in 1969.

The WCC executive committee expresses its sincere appreciation to the Government of Indonesia for enabling the PTV members unfettered access to West Papua, as a positive sign of increased openness by the government to such visits to the territory.

Nevertheless, we are alarmed that the observations by the PTV members in West Papua indicate persistently high levels of violence and human rights violations, including recently in the Nduga Regency resulting in the displacement of many people from remote communities in this Highlands area. PTV members remarked on the very heavy military-security approach of the Indonesian authorities in the region, and its consequences in terms of conflict and associated human rights violations.

We are also gravely concerned by reports of the accelerating deforestation and environmental degradation in West Papua, especially in light of the importance that these forest areas have for Indigenous Papuan people’s traditional livelihoods and culture, and their global significance with regard to the challenges of climate change and extinction of species.

The prevalence of sexual and gender-based violence in West Papua, and the disproportionate impact of the conflict and human rights situation in the territory on women and girls, are matters warranting further specific attention by the ecumenical movement and national and provincial authorities.

Overall, reports received and observations made by the PTV

members indicate that the present situation in West Papua exhibits clear characteristics of systemic marginalization – including through transmigration and demographic shifts – and discrimination against the Indigenous Papuan population, and of their exclusion from the development process currently taking place in their own territory, which is in any event unsustainable and destructive both of the environment and traditional livelihoods.

It is also apparent from the testimonies and reports received by PTV members in West Papua that the 2001 Special Autonomy Law for West Papua has not been fully or consistently implemented by the Government of Indonesia, and has failed to reverse the process of marginalization and exclusion of Indigenous Papuans in their own land, or to fulfil their aspirations with regard to the realization of their human right to self-determination.

The executive committee notes that the PTV received a joint pastoral appeal from the heads of four churches in West Papua – the Synod of the Christian Evangelical Church in Tanah Papua (GKI-TP), the Fellowship of Baptist Churches of Papua, the Synod of KINGMI Church in Tanah Papua, and the Synod of the Evangelical Church in Indonesia – calling inter alia for a “dignified and peaceful dialogue between the government of the Republic of Indonesia and the United Liberation Movement for West Papua (ULMWP)” in order to resolve the political issues of the territory.

The executive committee of the World Council of Churches:

**Expresses** its thanks and appreciation to the Communion of Churches in Indonesia (PGI), the Christian Evangelical Church in Tanah Papua (GKI-TP), the Christian Conference of Asia (CCA), the Pacific Conference of Churches (PCC), the United Evangelical Mission (UEM) and Roman Catholic partners Franciscans International and Vivat International for their collaboration and participation in the Pilgrim Team Visit to Indonesia, including West Papua, in February 2019;

**Urges** the Government of Indonesia immediately to open access to the Nduga Regency for national and international humanitarian organisations to provide food and health services for affected Indigenous communities and IDPs in the neighbouring regencies;

**Calls** on the Government of Indonesia to provide full and unimpeded access to West Papua, including to the Nduga Regency, by international human rights organisations, journalists and others;

**Requests** the Government of Indonesia to ensure that development undertaken in West Papua, and throughout Indonesia, respects commitments to environmental sustainability and the human rights and dignity of Indigenous and local communities, and promotes gender justice and equality;

**Supports** the joint appeal of the four church leaders in West Papua for a comprehensive political dialogue between the Government of Indonesia and the ULMWP;

**Calls** on President Joko Widodo to fulfil his commitments to engage in comprehensive dialogue, and to ensure a just resolution of the Papuan people's concerns;

**Commends** all church-based and civil society efforts to advocate for justice and peace in West Papua based on humanitarian and human rights principles;

**Invites** all WCC member churches to pray and act in support of the witness of the churches in West Papua – and that of PGI, PCC and CCA – for justice and peace in the region.

(<https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/executive-committee/bossey-may-2019/the-wcc-executive-committee-statement-concern-and-solidarity-for-west-papua>, 27.05.19)

## Plastiktüten-Verbot

**Westpapua:** Der Bezirk Biak-Numfor (die Inseln im Schouten-Archipel und die Inseln in der Cenderawasih Bay) haben zum 1.

Juni ein Verbot von Plastiktüten erlassen. Das gab Iwan Ismulyanto, der Beauftragte der lokalen Umweltbehörde im Bezirk, bekannt. Vorausgegangen war der Entscheidung eine Konferenz aller einflussreichen Wirtschafts- und Geschäftsleute in der Bezirkshauptstadt Biak. Die rund 35 Teilnehmenden an der Konferenz votierten einstimmig für das Verbot der umweltschädlichen Tüten. Selbst die Besitzer von Supermärkten erklärten sich einverstanden, künftig keine Plastiktüten mehr herausgeben zu wollen.

In der Region rund um die große Insel Biak leben circa 150.000 Menschen. (*Radio NZ Intern.* 21.05.19, <https://en.antaranews.com/news/125599/biak-district-bans-use-of-plastic-bags>)

## AUSTRALIEN

### Erfolgreiche Korallen-Transplantation am Riff

Australischen Wissenschaftlern von der *Southern Cross Universität* (Lismore, New South Wales) ist es Ende 2017 erstmals gelungen, Korallen am Great Barrier Reef zu transplantieren. Im November 2016 hatten die Forscher große Mengen Korallenlaich im südlichen, noch nicht von Korallenbleiche betroffenen, gesunden Riff rund um die Insel Heron gesammelt. Den Laich brüteten sie in Tanks aus, insgesamt schlüpfen über eine Million Larven.

Die geschlüpfen Larven brachten die Forscher anschließend in stark beschädigte Gebiete. Die Korallenriffe in diesen Gebieten können sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr von alleine erholen. Um die Larven zu schützen, wurden spezielle Unterwasser-Netzwände gespannt.

Bei einem Kontrolltauchgang ein Jahr später fanden die Forscher heraus, dass die Larven sich entwickelt hatten und neue, junge Korallen im Schutz der Netzwände gewachsen waren.

Den Forschern zufolge ist die Korallen-Transplantation eine gänz-

lich neue Methode, um Korallen zu vermehren. Bislang wurden gesunde Ableger von Korallen abgetrennt, hochgezogen und an anderen Stellen wieder ins Riff gesteckt. Diese Methode war jedoch nicht besonders effizient, oft wuchsen die Korallen gar nicht weiter. Die neue Methode der Larven-Transplantation wurde laut *ABC News* bislang außer in Australien nur auf den Philippinen getestet.

*Info:* Das Great Barrier Reef erlebt derzeit die stärkste Bleiche seiner Geschichte. Allein im Jahr 2016 sind Wissenschaftlern zufolge 29 Prozent der Flachwasserkorallen abgestorben – deutlich mehr, als zuvor befürchtet. Ursachen für das Korallensterben sind vor allem Überfischung, Verschmutzung, Tourismus und der Klimawandel. (*AFP* 26.11.17, *Utopia Newsletter* 28.11.17, <https://www.nationalgeographic.com/environment/2018/11/great-barrier-reef-restoration-transplanting-coral/>)

### Unterstützung für die Salomonen

Der australische Premierminister Scott Morrison (*Liberal Party of Australia*) hat bei einem Staatsbesuch Anfang Juni in Honiara (Salomonen) der Regierung finanzielle Unterstützung in Höhe von 250 Millionen AUS-Dollar zugesagt. Er knüpfte seine Zusage allerdings an die Bedingung, dass die Salomonen auch zukünftig die Republik China (=Taiwan) als eigenständigen, unabhängigen Staat anerkennen und keine diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik China aufnehmen. Die Salomonen haben Taiwan bereits vor Jahren als unabhängigen Staat akzeptiert und nicht als integralen Bestandteil der Volksrepublik China. Die Regierung der Volksrepublik China übt Druck auf die Salomonen aus, sich von Taiwan loszusagen und sich stattdessen der chinesischen „Belt and Road Initiative“ anzuschließen.

Morrison sagte bei einem abendlichen Barbecue in der australischen Botschaft der Salomonen, diese seien „one of the closest members of our Pacific family“.

Der Premierminister der Salomonen, Manasseh Sogavare, äußerte sich verhalten zu der australischen Finanzzusage. Zwar begrüße er das zusätzliche Geld, das in den nächsten zehn Jahren für drängende Infrastrukturmaßnahmen in den Salomonen ausgegeben werden könne, doch ließe er sich und seine Regierung ungern unter Druck setzen. Mit wem sein Land diplomatische Beziehungen unterhalte oder unterhalten werde, sei souveräne Angelegenheit des Staates, in das keiner herein zu reden habe. Die Salomonen verfolgten seit Jahren eine Politik des „*Friend to all and Enemy to none*“ und dabei werde es auch bleiben, so der salomonische Premier. (Brisbane Times 05.06.19, The Guardian 02.06.19)

## SPORT

### Premierminister nimmt an Pacific Games teil

**Samoa:** Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi nimmt im Juli an den *Pacific Games* in Apia (Samoa) teil. Der 74-jährige Premier tritt beim Bogenschießen (Archery) an - eine Sportart, die er meisterhaft beherrscht. Bereits 2007 konnte er bei den *Pacific Games* in Samoa eine Silbermedaille gewinnen.

Malielegaoi qualifizierte sich Anfang Mai bei den Samoa-internen Ausscheidungen zur Teilnahme an den Pazifikspielen. Der Premier erklärte, gemeinsam mit seinem Team müsse er noch an seiner Technik feilen. Er strebe jedoch an, seinen Erfolg von 2007 zu wiederholen bzw. sogar eine Goldmedaille zu erringen. Dies sei er seinem Land noch schuldig. Innerhalb des Teams werde er nicht anders behandelt als andere Sportler auch, sagte er. Auf dem Platz zählten weder der politische Rang, noch Ansehen oder Alter. Mit 74 Jahren ist der Premierminister in diesem Jahr der älteste aktive Sportler bei den Pazifikspielen.

**Info:** Die Pazifikspiele (früher: South Pacific Games) sind regelmäßig im südpazifischen Raum stattfindende Sportwettkampfanstaltungen. Sie finden alle vier Jahre statt, zuletzt im Juli 2015 in Port Moresby (Papua-Neuguinea). In diesem Jahr messen sich rund 4.000 pazifische Sportler vom 7. bis 20. Juli in 27 Sportarten. Der Bogenschieß-Wettkampf findet vom 9. bis 12. Juli 2019 auf dem *Faleata Sports Field* in Apia statt. (Samoa Global News 13.05.19, Samoa Daily News. 22.05.19, Wikipedia, www. http://websites.sportstg.com/)

### Neuer Basketball-Trainer

Der 40-jährige Eric Malcolm ist zum Trainer der (männlichen) Basketballnationalmannschaft der Salomonen ernannt worden. Der ehemalige australische Vereins-Basketballspieler mit 20-jähriger Spielepraxis verbuchte bereits mit der Damenbasketballmannschaft der Salomonen große Erfolge. Die Mannschaft gewann 2017 den „Melanesia Cup“ - es handelte sich dabei um den ersten Sieg einer Nationalmannschaft nach elf Jahren bei einem internationalen Wettbewerb.

Die Basketballmannschaft der Salomonen erhielt zur Teilnahme an den *Pacific Games* Mitte Juli in Apia (Samoa) eine *Wild Card* (Berechtigung, an einem Wettkampf teilzunehmen, ohne die dafür geltende formelle Qualifikation zu erfüllen). Obwohl sich der Trainer wenig Siegchancen für sein Team ausrechnet, laufen die sportlichen Vorbereitungen auf Hochtouren. Viermal pro Woche wird Basketball trainiert, hinzu kommen Ausdauer und Krafttraining. In Honiara gibt es nur einen einzigen Hallenbasketballplatz, der internationalen Standards entspricht.

Man werde die Pazifikspiele in Apia als „Test“ für die Pazifikspiele 2023 benutzen, erklärte der Coach. 2023 finden die Pazifikspiele in Honiara (Salomonen) statt, da müssten seine Basketballer in Topform sein, erklärte Malcolm, der vor einigen Jahren auf die Salomonen ausgewandert und hier den Basketball professionali-

sierte. (Inside the Games 04.04.19, http://www.basketballact.com.au/eric-malcolm-named-as-head-coach-of-mens-solomon-island-team/)

### Erste Frau als Präsidentin

Candice Guavis ist die erste Frau im Amt der Präsidentin der *Marshall Islands Basketball Federation* (MIBF). Die ehemalige Basketballspielerin in der Nationalmannschaft konnte sich bei der Wahl Ende Mai im *Marshall Islands Resort* gegen ihren Herausforderer Thomas Heine, einen langjährigen Basketballtrainer und amtierender Präsident der MIBF, mit 64 zu 16 Stimmen durchsetzen.

Im Amt der Generalsekretärin des Basketballverbandes wurde Deborah Shoniber bestätigt. Ebenfalls bestätigt im Amt wurde die Vize-Präsidentin des Frauenbasketballverbandes, Lyla Lemari, die gemeinsam mit Guavis in der Basketballnationalmannschaft gespielt hatte.

Außer Candice Guavis werden zwei weitere Basketballverbände unter dem Dach der FIBA Oceania (*International Basketball Federation*) von Frauen geleitet: Es sind dies die Verbände von Nauru und von Kiribati. (Marshall Islands Journal 24.05.19)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Schönster Strand der USA

**Hawai'i:** Ende Mai hat Professor Dr. Stephen P. Leatherman, der Direktor des „*Laboratory for Coastal Research*“ an der *Florida International University*, seine berühmte Top-10-Liste der besten US-amerikanischen Strände publiziert. Auf die Strand-Ranking-Liste des in amerikanischen Tourismuskreisen als „Dr. Beach“ bekannten Professors warten die Amerikaner jedes Jahr kurz vor der Sommersaison.

Zum Sieger gekürt wurde der *Kailua Beach Park* auf der Insel O'ahu. In der Begründung von Dr.



Beach und seinem Team heißt es, der Strand bestünde aus feinem weißen Korallensand, generiere nur kleine Wellen, öffne den Blick auf malerische Inseln am Horizont und biete zahlreiche Wassersportmöglichkeiten. Der Strand weise eine gute Infrastruktur inklusive sehr sauberer Toiletten auf. Außerdem seien Rettungsschwimmer vor Ort. Das Parken sei gratis. Picknicktische und Volleyballfelder könnten ebenfalls kostenlos genutzt werden. Auf die Ränge zwei und drei wählte der Professor den *Ocracoke Lifeguard Beach* auf den Outer Banks von North Carolina sowie den *Grayton Beach State Park* in Florida.

*Info:* Seit 1991 werden alljährlich die US-Strände anhand von 50 Kriterien - von der Wasserqualität über Sauberkeit bis hin zu Sicherheit, Umweltmanagement und Infrastruktur - überprüft. Jeder Strand kann dabei nur einmal gewinnen. Im letzten Jahr gewann der *Kapalua Beach* auf Hawai'i. (*Travel News Schweiz* 24.05.19)

## Beliebteste Vornamen

**US-Samoa:** Die US-amerikanische *Social Security Administration* (Behörde für Sozialversicherung) hat Ende Mai die Liste mit den beliebtesten Vornamen des vergangenen Jahres in Amerikanisch-Samoa, Guam und den Nördlichen Marianen veröffentlicht.

Bei den Jungennamen sind diese fünf Namen die beliebtesten: Lucas, William, Aiden, Daniel und Kevin.

Die häufigsten Mädchennamen sind: Olivia, Sophia, Isabella, Mia und Angela.

Wie die Sozialversicherungsbehörde mitteilte, unterscheiden sich die Namen auf den pazifischen Inseln von „Festland-USA“. Hier sind Liam (für Jungen) und Emma (für Mädchen) die beliebtesten Vornamen im Jahr 2018 gewesen.

*Info:* Bereits seit 1997 veröffentlicht der Sozialversicherungsträger jährlich eine Liste mit den belieb-

testen Vornamen. Einige der Namen reichen bis 1880 zurück. Die Behörde bekommt die Namen von den Eltern mitgeteilt, wenn diese bei der Behörde die Sozialversicherungsnummer für ihr Neugeborenes beantragen.

(*Pressemitteilung* 20.05.19, [www.socialsecurity.gov](http://www.socialsecurity.gov))

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Zusammengestellt von Pfarrer Arnim Doerfer, Fachreferent für Papua-Neuguinea bei Mission EineWelt.]

## AUS PAPUA-NEUGUINEA

### Danke MAF - Der Wantok kommt aufs Land

Den Leserbrief von Frau Sally Lloyd (Australierin, die bei den Bergstämmen der Region aufgewachsen ist und dort immer wieder zu Besuch ist) aufgreifend, kommentiert die Redaktion der Zeitschrift *Wantok*: „*Mit dem Erhalt unserer Zeitung ist es auch den Menschen in den entlegensten Regionen möglich geworden, teilzunehmen an politischen Entwicklungen im eigenen Land ebenso wie im internationalen Horizont. Gesellschaftliche Belange und Themen werden dadurch zur Kenntnis genommen und Menschen fühlen sich eingebunden in einen Gemeinschaftsbildenden Aspekt, einem Wir-Gefühl. Ein großes Dankeschön an die guten Mitarbeiter/innen von MAF (Mission Aviation Fellowship), durch deren Dienst der Wantok auch die Menschen an den Rändern unserer Gesellschaft erreicht.*“

Frau Sally Lloyd hatte ihrem Leserbrief das Foto eines Wantok-Lesenden Mitarbeiters des Gesundheitswesens vom Dorf Mougul in Hela beigefügt. Im Hintergrund das Flugzeug von MAF, mit dem die Ladung Zeitungen gekommen war. „*Die Menschen in unserem Dorf sind sehr glücklich, endlich die Zeitung lesen zu können,*“ schreibt sie. „*Danke MAF und dem Wantok.*“ (*Wantok* Nr. 2319 – 07.-13.-03.2019)

## Ein Jahr nach der Erdbebenkatastrophe – MAF blickt zurück

In einem halbseitigen Artikel schreibt Mandi Glass: Am 26. Februar 2018 geschah das Unfassbare. Ein großes Erdbeben (7,5 auf der Richterskala) verursachte flächendeckende gewaltige Schäden durch Erdrutsche in den Hochlandprovinzen der Southern Highlands, Hela, Enga, den Western Highlands, der Gulf - und der Western Province. Über 500.000 Menschen wurden durch diese Katastrophe betroffen, über 200 verloren ihr Leben. Um der Not der Menschen und ihren Rufen um Hilfe zu begegnen, reagierte MAF (Mission Aviation Fellowship) sofort. Sharlene Coker (Kanada), die zusammen mit ihrem Mann Brandon für MAF in Papua-Neuguinea arbeitet und für die Logistik des Flugbetriebs zuständig ist, organisierte und koordinierte alle Flüge in das Krisengebiet. MAF flog in der Folgezeit über das Jahr 400 Einsatzstunden in 284 Flügen. An die 300 Tonnen Güter wurden bewegt, 664 Hilfspersonen wurden auf 17 verbleibende Buschpisten verbracht, die noch angefliegen werden konnten.

Viele staatliche und andere Organisationen, Firmen und Privatleute unterstützten die Aktion durch Hilfsgüter und obwohl im Rückblick heute die Lage und Not der Menschen etwas aus dem Blickfeld gerutscht scheint, bleibt MAF hier am Ball und hilft weiter.

In enger Zusammenarbeit mit Buschpiloten anderer Missionsgesellschaften (SIL-Aviation und SDA-Aviation) zeigte sich segensreich eine hervorragend funktionierende Teamarbeit.

Glenys Watson, Mutter von vier Kindern und MAF-Pilotin, die zahlreiche Einsätze in die Krisenregion geflogen hat sagt: „*Es ist großartig, hier in Papua-Neuguinea zu sein und Mitglied eines wunderbaren Teams zu sein. Durch unseren Dienst sind wir Teil der Liebe Christi, die er zu den Menschen hat, vor allem zu den Vergessenen in den abgelegenen Regionen dieser Insel.*“ (*Wantok* Nr. 2319, 07.-13.-03.2019)

## New Ireland bekommt IFMS

Nach Morobe erhält nun als zweite Provinz die Insel New Ireland das Programm „Integriertes Finanzmanagementsystem“ (IFMS).

In Anwesenheit von Gouverneur Sir Julius Chan und anderer hochrangiger Politiker wurde das System in Kavieng in Betrieb genommen.

Grundgedanke dieser Innovation ist eine erhöhte Transparenz und Vernetzung bürokratischer Abläufe zwischen den Ämtern. „Für eine Ausdehnung dieser Nutzungsmöglichkeit ist natürlich ein funktionierendes Internet notwendig“, so Chan, „und wichtig ist, dass immer auch ein ehrlicher Mensch hinter dieser neuen Technik sitzt und die richtigen Zahlen eingibt.“ (Wantok Nr. 2319 – 07.-13.-03.2019)

## Marihuana-Plantage

In den frühen Morgenstunden des 1. März überraschten Sicherheitskräfte, bestehend aus Militär und Polizei, einen jungen Mann aus dem Dorf Pombapus bei Wapenamanda im Schlaf und verhafteten ihn. 193 Pflanzen zählte seine kleine Plantage, die er rings um sein Haus gepflanzt hatte. Unumwunden gab der junge Mann die Tat zu. Schon über ein Jahr lang betreibe er dieses Geschäft und könne damit seine Familie sehr gut finanziell unterstützen. Grünes Gold, so nennt er sein Cash Crop (engl. für „Bargeld-Pflanzen“).

Die Dorfbewohner begrüßten die Aktion der Sicherheitskräfte: „Das Marihuana hat das Leben vieler unserer jungen Leute zerstört.“

Alle Pflanzen wurden ausgerissen und vernichtet. (Wantok Nr. 2319 – 07.-13.-03.2019)

## MV lalibu seeklar

Kürzlich wurde das neue Schiff der Lutheran Shipping Services, die MV lalibu, die am 24. Juli 2016 bei einer Werft auf den Philippinen in Auftrag gegeben worden war, in Dienst genommen. Auch die MV Kasali, das zweite neue Schiff, wurde ausgerufen und der Pier

von Lutheran Shiping seiner neuen Aufgabe entsprechend gebührend eingeweiht.

Begleitet durch viele interessierte Bürger sprachen hochrangige Vertreter aus Kirche und Politik, der Bischof der ELC-PNG, Dr. Jack Urame, und Morobe-Gouverneur Ginson Soanu Grußworte zu diesem Ereignis.

Soanu äußerte seine Freude über die Wiedererstehung von Lutheran Shiping. „Ein wichtiger Dienstleister in unserem Transportwesen ist zurückgekehrt, von dem viele unserer Bürger profitieren können.“ Mit einem Blick zurück in die Geschichte verband er diesen Auftrag mit der Aufgabe, das Wort von der Frohen Botschaft Gottes in die Küstenregionen zu bringen, so wie es ehemals die Vorfahren getan hätten. „Kirche und Staat müssen gemeinsam die Menschen in ihrem Bestreben unterstützen, sich ein gutes Leben aufzubauen. Wenn wir diese Zusammenarbeit versäumen, werden die Hürden für die Menschen hoch sein.“

Bischof Urame griff in seinem Grußwort das Bild eines sich im Sturm befindenden Schiffes auf, um die Einheit in der Kirche und unter den Christen anzumahnen auf der gemeinsamen Reise durch die Zeit. „Die MV lalibu wird den geregelten Verkehr für Güter- und Personentransport zwischen Lae, Finschhafen, Wasu und Siassi abdecken und bei Bedarf auch andere Standorte anfahren. Auf ihr werden unsere kirchlichen Mitarbeiter/innen unterwegs sein in ihrem Auftrag, das gute Wort Gottes zu den Menschen zu bringen.“

Bart Philemon, ehemaliger Abgeordneter der Stadt Lae, berichtete über die Abwicklung der alten Lutheran Shiping-Strukturen und die Entwicklungen bis zur Implementierung der Neugründung des Unternehmens. „Die MV lalibu wird über 300 Passagiere mit Gepäck aufnehmen können. Sie verfügt über einen großen Kühlraum, aus dem heraus u.a. auch Fisch in den Häfen verkauft werden kann“, so Philemon weiter. (Wantok Nr. 2318 – 28.02.-06.03.2019)

## Stimmen in der Wildnis – unterwegs mit CRMF

Von seiner inzwischen 14-jährigen Mitarbeit bei der Christian Radio Missionary Fellowship (CRMF) in Papua-Neuguinea (PNG) berichtet der Australier Michael Wakefield: „Unsere Arbeit ist ein Dienst an den Menschen vor allem in den entlegenen Gegenden PNG's. Dort, wo kein Auto, keine Straße, kein Flugplatz die Menschen erreicht, dort erreichen wir Menschen über das Radio. Durch die Installierung von two-way Radios sind Menschen in der Lage, zu kommunizieren und können so ihre Belange, Sorgen und Nöte an die Außenwelt mitteilen. PNG und die Kirchen sind auf dem Weg in das digitale Zeitalter und wir sehen unsere Aufgabe auch darin, dort die Mitarbeiter durch Schulungen zu begleiten und für die technischen Umbrüche fit zu machen. Das Radio bietet wertvolle Hilfe bei medizinischen Notlagen und ist zudem eine wunderbare Möglichkeit, die christlichen Gemeinden zu begleiten und zu stärken.“

Als Untergruppe von MAF (Mission Aviation Fellowship) ist dieses christliche Werk auf Spenden und internationale Unterstützerkreise angewiesen. (Wantok Nr. 2318 – 28.02.-06.03.2019)

## Royal Papua New Guinea Constabulary - Königliche Polizei braucht Pfarrer

Nach Gesprächen mit dem PNG Council of Churches (PNGCC) äußerte der Kaplan des Bomana Police College, Rev. Reuben Semi, die Notwendigkeit für mehr und besser qualifizierte Geistliche in den Reihen der Polizei. Dem etwa 40.000 Polizisten umfassenden Polizeicorps stünden derzeit nur fünf Geistliche zur Seite. In Anbetracht eines kontinuierlich wachsenden Corps müsse die Schlüsselzuweisung an Geistlichen dringend nachgebessert werden. Anfallende Aufgaben für die Pfarrer seien vielfältig und sehr wichtig für das Wohlbefinden im Corps.

Rev. Reuben Semi zufolge hätten die Gespräche mit PNGCC deren Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung in der Umsetzung ergeben. (*Wantok Nr. 2320 – 14.-20.03.2019*)

## RÖM.-KATH. KIRCHE

### The Catholic Reporter

Im Mittelteil des „Wantok“ unterhält die Katholische Bischofskonferenz einen oft mehrseitigen englischsprachigen Informationsdruck. Dort werden große Themen der Katholischen Kirche in der Welt dargestellt, deren Auswirkungen auf die Katholische Kirche in PNG aufgegriffen und durch verschiedene, für heimisches Publikum interessant erscheinende, Themenbeiträge ergänzt.

### † Bischof Christian Blouin

Am 12. Januar starb im Alter von 77 Jahren der katholische Bischof Christian Blouin. Geboren wurde Blouin am 1. November 1941 in Quebec (Kanada). 1963 legte er die erste Profess bei den Missionaren von Mariannahill ab. Anschließend studierte er Philosophie und wurde 1969 zum Priester geweiht. Von 1983 bis 1985 war er Präfekt und Spiritual der Studenten am College St. Augustin in Cap Rouge. Von 1985 bis 1986 absolvierte er ein Pastoraljahr in der Diözese Lae. Anschließend kehrte er nach Kanada zurück. Nach diversen weiteren Auslandsaufenthalten kam Blouin 2001 endgültig nach PNG zurück. Hier übernahm er das Amt des Rektors am Mariannahill College in Bomana. 2005 wechselte er in die Pfarrei St. Martin de Porres in Lae. Am 5. Mai 2007 wurde er hier zum Bischof geweiht. Dieses Amt hatte er mehr als elf Jahre inne. Auf eigenen Wunsch entband ihn Papst Franziskus im Oktober 2018 aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt. (*Magazin der Mariannahill Missionare, 2/2019/02, Seite 9*)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Hilfe bei Gewalterfahrung

**Salomonen/Vanuatu:** Auf den Salomonen begegnet die Anglikanische Kirche von Melanesien der steigenden Gewalterfahrung in Familien mit dem Hilfsprogramm 'Safe Families'.

Mit Hilfe von *Oxfam Solomon Islands* werden auch auf Vanuatu Zentren errichtet, in welchen von Gewalt und sexueller Gewalt betroffene Menschen Hilfe erhalten können.

„Vor allem Frauen und Kinder sind davon betroffen, einer Gruppe in der Gesellschaft, denen oft eine Stimme fehlt gegen solche Verhältnisse“, so Schwester Doreen Awaiasi. Sie führt weiter aus: „Das hat auch zu tun mit den hohen Brautpreisen, die hier eingefordert werden bei Hochzeiten.“ (Anmerkung der Redaktion: Ein möglicherweise zu erzielender Brautpreis würde durch öffentliche Bekanntmachung einer Gewalterfahrung den Preis des Opfers schmälern.) (*Wantok Nr. 2318 – 28.02.-06.03.2019*)

### Starke Frau - Vordenkerin für Theologie der Gleichstellung der Geschlechter

**Australien:** Frau Dr. Seforosa Akata Carrol, gebürtig von der Insel Rotuma auf Fidschi und Pfarrerin der *Uniting Church of Australia*, arbeitet als Pfarrerin und theologische Dozentin in Australien.

Schon früh suchte sie intensiv das Gespräch mit den zum *Church Partnership Program* (CPP) gehörenden Kirchen u.a. im pazifischen Raum und freut sich heute rückblickend über die hohe Bereitschaft der Kirchen in PNG, die eine Vorreiterrolle übernommen haben für GET (*Gender Equality Theology*).

Erste Zugänge zu einer formulierten Theologie in der Geschlechterfrage fand sie während ihres Aufenthalts nach einer Entbindung im Krankenhaus. Dort bat sie Gott um Weisheit für eine Gedankenstruktur zu einem Thema, das sie gefühlt schon lange als nicht richtig

empfand. Das war Anlass für sie, noch einmal gezielt die Bibel zur Hand zu nehmen, um die Geschichten der Frauen und ihre dort beschriebenen Aufgaben und Rollen in der Gesellschaft zu untersuchen. Sie sagt: „*Ich begann nachzudenken über die Theologie der Frauen, darüber, was in den Lehrstätten der Theologie gesprochen wird und darüber, was die Bibel lehrt. Theologie bedeutet dies 'die Lehre von Gott'. Aber es scheint, als ob im Pazifischen Raum alleine Männer Zutritt zu diesem Lehrraum haben. Auch die Leitungsebenen in den Kirchen sind alleine von Männern besetzt.*“ Im weiteren Prozess ihres Nachdenkens empfand Dr. Seforosa dies als Diskrepanz: „*Dieser Zustand stimmt nicht überein mit der Schule Gottes und was er uns lehrt über seinen Willen und Plan in der Geschlechterfrage.*“

Um ihre Erkenntnis zu verifizieren und kritisch zu hinterfragen, suchte sie den Diskurs mit anderen Theologen, u.a. mit Dr. Cliff Bird (Anmerkung der Redaktion: Rev. Dr. Cliff Bird ist Regional Koordinator für die Pacific Programs, Relief and Development of Uniting World und ehemaliger Dozent am Pacific Theological College, Suva/Fiji) von den Salomonen.) Aus diesen Gesprächen formulierte sich dann 2014 eine Theologie der Gleichstellung der Geschlechter. 2016 dann formte sich im Rahmen einer Konsultation eine Unterstützung durch Kirchenleitungen in PNG.

Kürzlich besuchte Dr. Seforosa PNG erneut und sprach zur Versammlung der Kirchenleiter: „*Eine Theologie der Gleichstellung der Geschlechter ist nicht etwas, das nur Frauen angeht. Sie brauchen hier auch aktive Unterstützung durch Männer. Das Wichtigste, wenn wir über Gleichstellung sprechen ist, dass wir an die Stärken und Gaben der anderen glauben und diesen dann auch Respekt und Anerkennung geben. An jedem neuen Tag, wenn du in das Gesicht eines anderen Menschen schaust, solltest du wissen, dass du in das Angesicht Gottes schaust.*“ (*Wantok Nr. 2320, 14.-20.03.2019*)